I N E F

Report

Institut für Entwicklung und Frieden der
Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg
zur wissenschaftlichen Begleitung der
Stiftung Entwicklung und Frieden

Einwanderungsfrage und Staatskrise in Italien

Michael Braun

Heft 10/1994

Gerhard-Mercator-Universität
Gesamthochschule Duisburg

Inhaltsverzeichnis

1.	**Einleitung**	**1**
2.	**Italien seit 1973: vom Emigrations- zum Immigrationsland**	**3**
2.1	Der historische Hintergrund - das Auswanderungsland Italien	3
2.2	Die Zuwanderungsbewegung der letzten 20 Jahre: Umrisse und Charakteristika	5
2.3	Immigration und italienischer Arbeitsmarkt	11
3.	**Die staatliche Reaktion auf die Einwanderung**	**14**
3.1	Die Gesetzgebung: Gesetz 943/1986 und Lex Martelli	14
3.2	Die materialen Interventionen des Staates	17
3.3	Bewertung der staatlichen Einwanderungspolitik	18
4.	**Einwanderungsfrage und gesellschaftliche Konflikte**	**21**
4.1	Das Konfliktpotential	21
4.2	Die Einstellungen der Italiener zur Immigration zu Beginn der 90er Jahre	25
5.	**Die potentiellen politischen Unternehmer des Rassismus**	**28**
5.1	Der Movimento Sociale Italiano (MSI)	28
5.2	Die Lega Nord	32
5.3	Die Reaktion der Lega Nord auf die Lex Martelli	37
6.	**Italien in der Staatskrise**	**40**
6.1	Der Auftakt: die Institutionenkrise von 1991/92	40
6.2	"Tangentopoli": der Zusammenbruch der Ersten Republik	43
7.	**Italien nach der Wahl von 1994: Kehrt die Einwanderungsfrage in die Politik zurück?**	**46**
7.1	Der Erfolg des Rechtsbündnisses in den Wahlen vom März 1994	46
7.2	Politik und Rassismus: ein mögliches Zukunftsszenario	49
Literaturverzeichnis		**53**

Verzeichnis der Tabellen:

Tab. 1: Herkunft der ausländischen Zuwanderer nach geographischen Zonen	6
Tab. 2: Ausländerpräsenz in einigen europäischen Staaten (1990)	7
Tab. 3: Die ersten 30 Herkunftsländer nach Rangfolge 1990-93	9
Tab. 4: Die Präsenz von Immigranten aus Entwicklungsländern in Italien	10
Tab. 5: Immigranten nach Beschäftigungssektoren (in %)	10
Tab. 6: Beurteilung der in Italien lebenden Ausländerzahl	25
Tab. 7: Wahrnehmung der Immigration am Wohnort	26
Tab. 8: Meinungen über die Zahl der in Italien lebenden Ausländer	26
Tab. 9: Vorteile und Nachteile der Immigration	27

1. Einleitung

Bis vor wenigen Jahren präsentierte Westeuropa sich im Migrationsgeschehen zweigeteilt: Den Einwanderungsländern des Nordens, die Arbeitskräfte aus dem Süden des Kontinents, aber auch aus Nordafrika, Asien oder der Karibik rekrutierten, standen die Mittelmeerstaaten Italien, Spanien, Portugal oder Griechenland gegenüber, die in den beiden Dekaden zwischen 1955 und 1975 eine kontinuierliche Emigration sahen, ohne ihrerseits selbst Zielort von Einwanderern zu werden. Diese Zweiteilung erfuhr später ihre Fortsetzung in der innenpolitischen Auseinandersetzung in den verschiedenen europäischen Staaten. In Ländern mit einer nach Millionen zählenden Immigrantenbevölkerung traten politische Kräfte in Erscheinung, die in Zeiten knapper werdender Ressourcen Ressentiments gegen schon länger eingesessene Einwanderer genauso wie gegen Neuankömmlinge mobilisierten; dagegen spielte die Einwanderungsfrage in den mediterranen Staaten Europas bis zum Ende der 80er Jahre keine Rolle - eine xenophobe Rechte erstarkte dort folgerichtig nicht.

Zwar wurde Westeuropa von der weltweiten Zunahme und Verstärkung der Wanderungsbewegungen, die seit den 80er Jahren zu beobachten sind, weit geringer als andere Kontinente betroffen (Nuscheler 1994), aber in zweifacher Hinsicht veränderte sich auch hier das Wanderungsgeschehen deutlich:

- Erstens erfolgte nun eine Einwanderung zuerst aus außereuropäischen, dann auch aus osteuropäischen Staaten, die sich nicht mehr staatlichen Anwerbepolitiken verdankte, die also politisch von den Zielländern nicht gewünscht war; ein Großteil der Einwanderer war deshalb zum Abtauchen in einen irregulären Aufenthaltsstatus gezwungen.
- Zweitens löste sich die alte Zweiteilung Westeuropas auf. Denn während die innereuropäische Wanderungsbewegung nach 1974 fast vollständig zum Erliegen kam, wurden nun die ehemaligen Auswanderungsstaaten selbst zu Zielländern von (fast immer irregulären) Zuwanderern. Länder wie Italien, in denen noch vor zwanzig Jahren höchstens einige Zehntausend Nichteuropäer lebten, sind heute die mehr oder minder provisorische neue Heimat hunderttausender Araber, Schwarzafrikaner, Asiaten und Osteuropäer.

Deshalb liegt die Vermutung nahe, daß auch im Süden Europas die Einwanderungsfrage auf der politischen Agenda nach oben rücken mußte und damit zum möglichen Mobilisierungsfeld alteingesessener oder neuentstehender Rechtsparteien werden konnte. Diese Vermutung ist umso plausibler, als die irreguläre Zuwanderung politisch nicht gewollt war, als sie Länder traf, die schon ihrer einheimischen Bevölkerung nicht

in ausreichendem Maß Beschäftigung gewähren konnten, als die staatlichen Administrationen dem Phänomen unvorbereitet gegenüberstanden und ihre sozialpolitischen Interventionen vollkommen unzureichend waren, worüber sich die mit der Immigration verbundenen Probleme verschärften, und als schließlich auch die Bevölkerungen der Zielländer keinerlei Erfahrungen im multiethnischen Zusammenleben hatten.

Italien - das südeuropäische Land, das in absoluten Zahlen am stärksten von der neuen Zuwanderung betroffen ist - schien in der Tat von 1989 an eine Entwicklung hin zur Mobilisierung fremdenfeindlicher Ressentiments in der Bevölkerung durch rechtsgerichtete Parteien, hin also zur Entstehung "politischer Unternehmer des Rassismus" (Manconi 1990) zu sehen. Nicht nur die seit 1946 existierende neofaschistische Partei, der Movimento Sociale Italiano (MSI), auch eine neuentstandene regionalpopulistische Liste, die Lega Nord, fanden in der innerhalb der Wählerschaft zunehmenden Fremdenfeindlichkeit ein günstiges Terrain, das vergleichbare Entwicklungen zum Aufstieg Le Pens in Frankreich, Schönhubers in Deutschland, Haiders in Österreich vorhersehen ließ.

Doch nachdem gerade die Lega Nord in den Jahren 1989/90 ihre Agitation auf die Einwanderungsfrage konzentriert hatte, verschwand das Problem der Immigration von 1991 an fast schlagartig aus der innenpolitischen Auseinandersetzung. Dies hieß aber nicht, daß die politische Rechte darüber in eine Krise geraten wäre. Im Gegenteil: MSI und Lega Nord erzielten einen im Nachkriegseuropa einzigartigen politischen Durchbruch, der in dem gemeinsam mit Silvio Berlusconis Forza Italia errungenen Wahlsieg vom März 1994 und in der Regierungsübernahme durch die Rechtskoalition kulminierte. Es war dies allerdings ein Erfolg, den die italienische Rechte unter Verzicht des Ausspielens der Karte der Fremdenfeindlichkeit erreichte.

Im vorliegenden Text geht es darum, die Gründe für diese Entwicklung zu identifizieren; vor dem Hintergrund eines knappen Abrisses der seit 1973 stattfindenden Einwanderung (Kap. 2) und der legalen wie materialen Reaktionen des Staates auf die Immigration (Kap. 3) werden das gesellschaftliche Konfliktpotential sowie die Entwicklung fremdenfeindlicher Einstellungen in der italienischen Bevölkerung zu Beginn der 90er Jahre dargestellt (Kap. 4). In den folgenden Kapiteln wird entwickelt, inwiefern der schließlich nicht vollzogene Übergang des MSI und der Lega zu einer Strategie, die sie als politische Unternehmer des Rassismus identifizieren ließe, sich weder einer ideologischen Absage beider Parteien an den Rassismus noch auch der Nichtausbeutbarkeit der Einwanderungsfrage durch die Rechte verdankt (Kap. 5), sondern der tiefen Legitimationskrise der Ersten Republik. Sie erlaubte es der Rechten, politische Erfolge zu erzielen, ohne fremdenfeindlichen Positionen abzuschwören, aber auch ohne sie offensiv in der politischen Konfrontation einsetzen zu müssen, um Protestwähler für sich zu

mobilisieren (Kap. 6). Im Schlußkapitel schließlich wird argumentiert, daß gerade der ohne Rückgriff auf fremdenfeindliche Propaganda erzielte Wahlsieg der Rechten es wahrscheinlich macht, daß die Einwanderungsfrage wieder zum Gegenstand einer fremdenfeindlichen Mobilisierung wird, da sich die nun regierenden Rechtsparteien in ihrer neuen Rolle sowohl vor neuen Handlungsfreiheiten als auch vor neuen Handlungszwängen sehen.

2. Italien seit 1973: vom Emigrations- zum Immigrationsland

2.1 Der historische Hintergrund - das Auswanderungsland Italien

Von einem Einwanderungsland Italien kann erst seit wenigen Jahren die Rede sein. In der modernen Geschichte des Landes spielte Immigration bis vor etwa 20 Jahren keine Rolle: 1971 lebten gut 100.000 Ausländer in Italien und stellten damit 0,2 % der Bevölkerung, eine Quote, die man in einem modernen Industrieland mit vielfältigen internationalen Verflechtungen als physiologisches Minimum ansehen muß (Cagiano de Azevedo 1988, 239). "Migration" hatte seit der nationalen Einigung (1860) eine gänzlich andere Bedeutung: Italien kannte für einen Zeitraum von mehr als hundert Jahren das Phänomen konstanter Auswanderung, zu der sich nach 1945 eine massive Binnenwanderung gesellte. "Emigranti" waren die Italiener, die nach Amerika, Australien, nach Frankreich, Deutschland, Belgien oder in die Schweiz zogen, und als "Immigranti" wurden im Norden Italiens gewöhnlich die Zuwanderer aus dem Süden des Landes bezeichnet (Marta/Leschiutta 1990, 396).

Italien nahm unter den westeuropäischen Staaten als Auswanderungsland eine Spitzenposition ein. Seit 1860 verließen 27 Millionen Italiener ihre Heimat; unter Abzug der Rückwanderer bleibt ein Netto-Wanderungssaldo von 9 Mio. Auswanderern. Allein nach dem II. Weltkrieg emigrierten im Saldo etwa 2 Mio. Italiener; obwohl diese Auswanderungsbewegung 1973/74 weitgehend zum Stillstand kam, leben heute 5 Mio. Besitzer eines italienischen Passes im Ausland. Neben den massiven Arbeitskräfteexport ins Ausland trat nach 1945 die Binnenwanderung, in deren Gefolge sich im Saldo 2 Mio. Menschen auf der Suche nach Arbeit vor allem aus dem unterentwickelten Süden in den industrialisierten Nordwesten des Landes begaben (Allievi 1991, 45ff.).

Hintergrund der konstanten Binnen- und Auswanderungsbewegung war der bleibende Arbeitskräfteüberschuß des Landes. Zwar gehörte Italien neben Deutschland und Japan zu den sich am raschesten entwickelnden OECD-Ländern - auch südlich der Alpen sprach man in den sechziger Jahren von einem "miracolo economico" -, aber diese Entwicklung war im Gegensatz etwa zum deutschen "Wirtschaftswunder" nie geeignet, die Vollbeschäftigung der einheimischen Arbeitskraft zu gewährleisten oder gar einen Bedarf an ausländischer Arbeitskraft entstehen zu lassen. In einem Land, in dem 1951

noch 44 % der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt waren, das zudem von einem starken Entwicklungsgefälle zwischen den als Wachstumsmotor des industriellen Aufschwungs fungierenden nördlichen Landesteilen und dem kaum über Fertigungsindustrien verfügenden Süden gekennzeichnet war, konnte selbst ein starker und anhaltender Aufschwung der Industrieproduktion nicht die massive Freisetzung von Erwerbspersonen aus der Agrikultur kompensieren.

Italien verfügte deshalb in der gesamten Nachkriegszeit über eine Reservearmee an Arbeitskräften, deren Umfang in den Arbeitslosenziffern nur ungenügend zum Ausdruck kam: Die Erwerbsquote des Landes sank von den fünfziger in die siebziger Jahre kontinuierlich, da viele aus dem Arbeitsmarkt Ausgestoßene entweder nicht mehr gezählt wurden - dies gilt vor allem für die vorher landwirtschaftlich beschäftigten Frauen - oder "Invalidenpensionen" erhielten; Italien verfügte und verfügt seit 20 Jahren über gut 5 Mio. rentenberechtigte "Invaliden". Ein weiterer sozialer Puffer war der Schutz, den der Staat den selbständigen Professionen angedeihen ließ: Durch steuerliche und sozialpolitische Vorzugsbehandlung, aber auch durch eine restriktive Zulassungspolitik etwa für Supermarkt- und Warenhausketten hielt er eine breite Schicht kleiner Selbständiger am Leben: Ladenbesitzer, Handwerker, Landwirte, Freiberufler stellen bis heute mit ca. 6 Mio. Personen ein knappes Drittel der Erwerbsbevölkerung, da die hier vorhandenen Rationalisierungspotentiale nur sehr begrenzt zum Einsatz kommen konnten. Weitere Entlastung brachte dem Arbeitsmarkt schließlich die Emigration, die sich vollkommen in das Muster der europäischen Süd-/Nordwanderungen in den beiden Dekaden von 1955 bis 1975 fügte: Zum großen Teil gesteuert von staatlichen Anwerbepolitiken der aufnehmenden Länder, fanden die emigrierten Italiener Beschäftigung in den regulären Sektoren, vor allem in der Großindustrie; als Ausländer vom Genuß der politischen Rechte ausgeschlossen, unterlagen sie als reguläre, mit Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ausgestattete Beschäftigte doch zum größten Teil dem tarifrechtlichen, gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Schutz, der auch einheimischen Arbeitnehmern zugute kam.

Wenn die Aus- wie auch die Binnenwanderung 1973/74 weitgehend zum Erliegen kam - 1973 hatte das Land erstmals seit dem II. Weltkrieg einen positiven Wanderungssaldo - so lag dies nicht daran, daß sich die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes in Italien im allgemeinen bzw. im Süden der Halbinsel im besonderen gesteigert hätte. Im Gegenteil: Wenn für die Wanderungsbewegungen bis 1973 gelten kann, daß sie vor allem durch Sogfaktoren - die unbefriedigte Nachfrage nach Arbeit im Norden des Landes sowie in anderen europäischen Staaten - in Gang gesetzt wurde, so war es gerade der Wegfall dieser Nachfrage im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise und der ihr folgenden Rationalisierungswelle, der die Migration zum Stillstand brachte (Allievi 1991, 53). Die den Sogfaktoren korrespondierenden, im Mezzogiorno Italiens wirksamen Schubfaktoren

waren jedoch weiter präsent, wie schon die hohen Arbeitslosenzahlen des südlichen Drittels des Landes (seit den achtziger Jahren bei 20 %) und vor allem die extreme Jugendarbeitslosigkeit zeigen, wie es aber auch das Wohlstandsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden des Landes veranschaulicht: die Norditaliener erwirtschafteten 1987 124% des EG-Durchschnitts des Pro-Kopf-Bruttoinlandsproduktes, die Süditaliener dagegen nur 71% (Trigilia 1992, 40).

Dennoch wäre es verfehlt, von den vierziger bis in die achtziger Jahre hinein keine Veränderung auf der Seite der Schubfaktoren konstatieren zu wollen. Eine Argumentation, die sich einzig auf die Tatbestände des bleibenden Arbeitskräfteüberschusses und des unveränderten Nord-Süd-Gefälles stützt, vermag nicht zu erklären, warum es etwa im Aufschwung der achtziger Jahre in den Industrien des Nordens zu Arbeitskräfteengpässen kommen konnte, ohne daß hierdurch eine neue Zuwanderung süditalienischer Arbeitskräfte ausgelöst wurde. Offenbar wurde der Schubfaktor Unterbeschäftigung weitgehend durch die mittlerweile geschaffenen staatlichen Kompensationen neutralisiert; Rechnungen, die nicht das Individual-, sondern das z. B. durch Invalidenrenten aufgebesserte Familieneinkommen wie auch die Wohnsituation berücksichtigten, die deshalb den gestiegenen Erwartungen möglicher Migranten - auch wenn sie jung, arbeits- und einkommenslos waren - ebenso Rechnung trugen wie den im Norden im Falle der Auswanderung entstehenden zusätzlichen Kosten vor allem für Wohnraum, ließen die Wanderungsoption meist unattraktiv werden (Macioti/Pugliese 1993, 69f.). Auch hieran zeigte sich die tiefgreifende Transformation des Landes: Es mochte weiterhin nicht in der Lage sein, allen seinen Bürgern Erwerbsmöglichkeiten zu bieten und das gesamte Territorium produktiv zu entwickeln - es war aber in der Lage, ganze Landstriche unter hohem Mitteleinsatz zu subventionieren und so deren Einwohnern eine - wenn auch oft prekäre - Existenzgrundlage zu gewähren (Borzaga/Covi 1991, 37).

2.2 Die Zuwanderungsbewegung der letzten 20 Jahre: Umrisse und Charakteristika

Wenn Italien 1973 aufhörte, Auswanderungsland zu sein - es blieb es in dem Sinne, daß Millionen von Italienern weiterhin ihren Wohnsitz außerhalb der Landesgrenzen hatten und haben -, wenn die vordem wirksamen Sogfaktoren weitgehend zum Erliegen kamen und die Wirkung der Schubfaktoren dank sozialpolitischer Abfederung deutlich reduziert wurde, dann läßt sich andererseits auf den ersten Blick nicht das Aufkommen starker Sogfaktoren feststellen, die ihrerseits eine Zuwanderung von Ausländern nach Italien hätten in Gang setzen können: Ein Nachfrageüberhang auf dem italienischen Arbeitsmarkt, der ein Umschlagen von der Aus- zur Einwanderung hätte begründen können, war ja keineswegs zu verzeichnen. Es ist gerade das Paradox der parallel zum Ende der Aus- und Binnenwanderung einsetzenden Immigration nach Italien, daß ihr

Beginn mit dem Ölschock von 1973/74 und mit der in seinem Gefolge zu verzeichnenden sprunghaften Zunahme der Arbeitslosigkeit zusammenfiel. Folgerichtig unterscheidet sich die Zuwanderung nach Italien deutlich von den innereuropäischen Wanderungsbewegungen, die mit der Ölkrise ihr abruptes Ende fanden, ja stellt in fast jeder Hinsicht ein Gegenbild dar (Melchionda 1993, 186).

Tab. 1: Herkunft der ausländischen Zuwanderer nach geographischen Zonen

Länder	Gesamt		Abweichungen %
	1992	1993	1993/92
EUROPA			
Nicht-EU	175.726	211.915	20.6
- Osteuropa	*138.311*	*174.590*	*26.2*
- Westeurop. Nicht-EU-Länder	*37.415*	*37.325*	*-0.2*
EU-Länder	146.918	152.954	4.1
GESAMT	322.644	364.869	-13.1
AFRIKA			
Mediterranes A.	176.150	173.213	-1.7
Andere Staaten	108.585	114.388	5.3
GESAMT	284.735	287.601	1.0
ASIEN			
asiat. Entwicklungsl.	152.590	160.569	5.2
- Philippinen	*42.072*	*46.332*	*10.1*
- Fernost	*28.414*	*28.279*	*-0.5*
- Indischer Subkontinent	*51.399*	*55.558*	*8.1*
- Naher Osten	*30.705*	*30.400*	*-1.0*
asiat. entwickelte Staaten	11.193	11.969	6.9
GESAMT	163.783	172.538	5.3
AMERIKA			
Nord	66.809	68.505	2.5
Lateinamerika	82.072	88.942	8.4
GESAMT	148.881	157.447	5.8
OZEANIEN	5.129	4.950	-3.5
GESAMT	925.172	987.405	6.7
davon:			
Nicht-EU-Länder	778.254	834.451	7.2
- Entwicklungsländer	*657.859*	*711.884*	*8.2*
- entwickelte Länder	*120.395*	*122.567*	*1.8*
EU	146.918	152.954	4.1

Quelle: Berechnungen der Stiftung Migrantes auf der Grundlage von Daten des italienischen Ministeriums des Inneren (Lucrezio-Monticelli 1994, 64)

Der in den Nachkriegsjahrzehnten etwa nach Deutschland gekommene "Gastarbeiter" war in der Regel (Süd-)Europäer, er war staatlich angeworben und verfügte deshalb über einen legalen Aufenthaltsstatus, er war deshalb in der aufnehmenden Gesellschaft sofort als Immigrant sichtbar, er verfügte über Arbeit, sein Arbeitsverhältnis war fast immer legal und dauerhaft. Kehren wir jedes dieser Merkmale um, so erhalten wir das Bild der Migranten, die seit etwa 20 Jahren nach Italien einwandern.

Erstens stammten die Zuwanderer nach Italien zunächst fast durchweg aus außereuropäischen Staaten; erst seit dem Fall des Eisernen Vorhangs waren verstärkt auch Migranten aus Osteuropa zu verzeichnen. Die ersten in Italien vertretenen Nationalitäten waren - aufgrund der Kolonialgeschichte - Somalier, Äthiopier und Eritreer; zu ihnen gesellten sich von den siebziger Jahren an Migranten aus Nordafrika, vor allem aus Marokko, Tunesien und Ägypten. Weitere Wanderungsbewegungen nahmen ihren Ausgang aus dem subsaharischen Afrika (mit den Hauptherkunftsländern Senegal, Nigeria, Ghana), aus Asien - v. a. aus den Philippinen, aus China und Sri Lanka - und aus Südamerika; schließlich wanderten seit 1990 verstärkt Bürger aus Ex-Jugoslawien, Albanien und Polen ein (Melotti 1992, 93ff.). 1993 lebten fast 300.000 Afrikaner, ca. 170.000 Asiaten, knapp 90.000 Lateinamerikaner und gut 170.000 Osteuropäer legal im Land; mit 83% Anteil an der Immigrantenbevölkerung hielten die Nicht-EU-Ausländer im europäischen Vergleich einen Spitzenwert.

Tab. 2: Ausländerpräsenz in einigen europäischen Staaten (1990)

	Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in %	Anteil der Nicht-EU-Bürger an der ausländ. Bevöllerung in %
Italien	1,4	83,3
Frankreich	6,4	63,7
Deutschland (West)	7,8	73,7
Großbritannien	3,3	55,3
Belgien	8,9	38,2
EU-Durchschnitt	4,2	64,3

Quelle: CENSIS 1993 (Berechnungen des CENSIS auf der Basis von Daten des EUROSTAT)

Zweitens gelangten die Immigranten in ihrer großen Mehrzahl nicht als staatlich angeworbene, legale Zuwanderer ins Land, sondern reisten mit Touristenvisa ein und tauchten nach deren Ablaufen in die Illegalität ab. Ihre Wanderungsentscheidung fiel nicht

als Antwort auf eine - über staatliche Anwerbepolitiken vermittelte - Nachfrage nach ihrer Arbeitskraft durch die regulären Sektoren der italienischen Ökonomie, war also von der Hoffnung getragen, trotz des Fehlens eines solchen Bedarfs auch mit dem Status eines irregulären Migranten in Italien ein besseres Auskommen zu finden als in der Heimat. Erster Reflex dieser Tatsache ist, daß bis heute verläßliche Daten über die Gesamtzahl der in Italien lebenden Ausländer nicht vorliegen. Gerade in den späten 80er Jahren wurden die Dimensionen des Phänomens deshalb in der Öffentlichkeit, aber auch in wissenschaftlichen Publikationen stark überschätzt. Das reale Ausmaß der Zuwanderung und die Zusammensetzung der Immigrantenbevölkerung nach Nationalitäten zeigten sich erst von 1990 an, als die Möglichkeiten der im Lande befindlichen Zuwanderer, ihren Aufenthalt zu legalisieren, deutlich verbessert wurden (vgl. Tab. 1 und Tab. 3). Mit Aufenthaltserlaubnis lebten 1993 knapp 1 Mio. Ausländer im Land, von denen 150.000 aus EU-Ländern und weitere etwa 120.000 aus anderen Industriestaaten stammten; legal waren also gut 700.000 Zuwanderer aus Entwicklungsländern in Italien. Aber auch nach der mit den Gesetzen von 1986 und 1990 erfolgten massenhaften Legalisierung schon in Italien lebender Einwanderer (s. u.) ist von der Präsenz hunderttausender Irregulärer auszugehen, da einerseits nicht alle von dem Legalisierungsangebot Gebrauch machten, andererseits die später Eingereisten infolge restriktiver Vorschriften wiederum oft in die Illegalität gezwungen wurden. Die Schätzungen für 1992 schwanken zwischen 200.000 (Pugliese 1993) und 500.000 Irregulären aus Nicht-EU-Staaten (Tab. 4).

Das jahrelange Vorherrschen einer Immigration von Irregulären führte drittens dazu, daß die Einwanderer trotz kontinuierlicher Zunahme ihrer Zahl über Jahre "unsichtbar" blieben. Weder tauchten sie in den staatlichen Statistiken auf, noch begegnete die übergroße Mehrzahl der Italiener ihnen am Arbeitsplatz oder am Wohnort: Genausowenig wie reguläre Arbeit konnten die Einwanderer reguläre Wohnungen nachfragen. Auch in den Schulen fanden sich kaum Kinder der Migranten, da die Einwanderer in der Regel ohne Familie einreisten. Verstärkt wurde der Effekt der Unsichtbarkeit durch die anfängliche hohe lokale Konzentration der Immigration wie auch durch den Tatbestand, daß etwa die eingewanderten Frauen fast durchweg als Haushaltshilfen arbeiteten und damit - abgesehen von freien Tagen - auch im Straßenbild nicht präsent waren. Die italienische Gesellschaft nahm das Phänomen der Immigration erst etwa von der Mitte der 80er Jahre an wirklich zur Kenntnis (Manconi 1990, 46, Delle Donne 1993, 63, Marletti 1991, 62ff.).

Tab. 3: Die ersten 30 Herkunftsländer nach Rangfolge 1990-93

Länder	1990	1991	1992	1993	%	
					1992	1993
1) Marokko	80.495	89.005	95.741	97.604	10.3	10.0
2) Jugoslawien(a)	(6)30.321	(6)33.928	(4)44.650	72.377	4.8	7.3
3) U.S.A	(2)58.707	(2)59.728	(2)62.112	63.960	6.7	6.5
4) Philippinen	(5)35.373	(4)40.965	(35)44.155	46.332	4.8	4.7
5) Tunesien	(3)42.223	(3)46.393	(3)50.405	44.505	5.4	4.5
6) Deutschland	(4)41.698	(5)39.907	39.495	39.923	4.3	4.1
7) Albanien	(63)2.034	(9)26.381	28.628	30.847	3.1	3.1
8) Großbritannien	(7)26.927	(7)27.703	28.087	29.091	3.0	3.0
9) Frankreich	(9)24.674	(10)24.953	(10)25.395	26.993	2.8	2.7
10) Senegal	(8)25.628	(8)27.119	(9)27.572	26.368	3.0	2.7
11) Ägypten	20.211	22.406	23.515	24.555	2.5	2.5
12) VR China	(13)19.237	20.632	(14)21.417	22.875	2.3	2.3
13) Brasilien	(16) 14.455	(16)16.939	(16)18.751	21.075	2.0	2.1
14) Polen	(14)17.201	(13)19.098	(13)21.221	21.075	2.3	2.1
15) Sri Lanka	(18)13.214	(18)14.545	(16)17.242	19.722	1.9	2.0
16) Somalia	(23) 9.660	(25)11.853	(20)14.973	19.553	1.6	2.0
17) Rumänien	(25) 7.844	(20)13.548	16.443	19.385	1.8	2.0
18) Schweiz	(12)20.066	(14)18.077	(15)18.225	18.187	2.0	1.8
19) Spanien	(17)14.501	14.420	15.566	16.956	1.7	1.7
20) Griechenland	(10)21.149	(15)17.395	(18)16.256	16.545	1.5	1.4
21) Indien	(22)11.412	(25)12.115	(23)13.382	14.303	1.5	1.4
22) Äthiopien/Eritrea (a)	(20)12.249	(23)12.566	(24)13.001	14.050	1.4	1.4
23) Ghana	(21)11.655	(21)12.784	(22)14.216	14.021	1.5	1.4
24) Argentinien	(19)13.116	(17)14.837	(21)14.871	13.978	1.6	1.4
25) UdSSR (a)	(29) 6.701	(26) 9.245	(28)10.299	12.715	1.1	1.3
26) Iran	(15)15.022	(22)12.633	(25)11.139	10.743	1.2	1.1
27) Peru	(35) 5.385	(31) 6.396	(29) 7.493	8.879	0.8	0.9
28) Kolumbien	(33) 5.615	(32) 6.393	(30) 7.403	8.287	0.8	0.8
29) Pakistan	(28) 6.717	(28) 7.070	(27) 7.850	8.159	0.9	0.8
30) Dominik. Rep.	(43) 4.415	(39) 5.511	(54) 6.682	8.122	0.7	0.8
Die ersten 30 am stärksten vertretenen Länder (nach Rangfolge 1993)	647.905	684.545	736.185	791.185	79.6	80.1
Andere Länder	133.233	178.432	188.987	196.220	20.4	19.9
INSGESAMT	781.138	862.977	925.172	987.405	100	100
Anzahl der Länder	182	183	169	179	-	-

Quelle: Berechnungen der Stiftung Migrantes aufgrund von Daten des italienischen Ministeriums des Inneren (Lucrezio-Monticelli 1994, 65)

a) Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, der UdSSR und Äthiopiens weiter unter den alten Ländernamen zusammengefaßt.

Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Rangplätze, soweit sie vom Rangplatz des Jahres 1993 abweichen.

Tab. 4: Die Präsenz von Immigranten aus Entwicklungsländern in Italien

Jahr	Absolute Werte			%		
	mit Aufenthaltserlaubnis	Irreguläre	Gesamt	mit Aufenthaltserlaubnis	Irreguläre	Gesamt
1989	246.000	410.000	656.000	37,5	62,5	100,0
1990	454.000	432.000	886.000	51,2	48,8	100,0
1991	621.000	497.000	1.118.000	55,5	44,5	100,0
1992	656.000	524.000	1.180.000	55,6	44,4	100,0

Quelle: CENSIS (1993); Schätzungen des CENSIS auf der Grundlage von Daten des Statistischen Amtes (ISTAT)

Viertens schließlich waren die Immigranten so gut wie immer aus dem legalen Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Ihnen standen einzig prekäre Arbeitsverhältnisse offen. Kaum in der Industrie beschäftigt, fanden sie Arbeit entweder in unqualifizierten Dienstleistungen (Haushaltsarbeit, Gastronomie und Hotelgewerbe, Botendienste), als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft, mußten sich als Straßenhändler ("vu cumprà") für Billigartikel oder als Autoscheibenputzer an den Ampeln der Großstädte durchschlagen, der Prostitution nachgehen oder sich mit kleinkriminellen Aktivitäten über Wasser halten (Melotti 1992, 81ff., CENSIS 1993, 28ff.).

Tab. 5: Immigranten nach Beschäftigungssektoren (in %)

Schätzung ISTAT		Erhebung CENSIS	
Land- und Waldwirtschaft,Fischfang	11,3	Landarbeiter	10,4
Industrie	2,3	Industriearbeiter	8,6
Bau und öffentliche Arbeiten	8,1	Bauarbeiter	4,9
Handel	17,4	Fliegende Händler	15,9
Hotel- und Gastgewerbe	15,4	Hotel- und Gastgewerbe	14,0
See- und Luftfahrt	6,2	Handwerker	5,1
Andere Dienstleistungen	39,3	Haushaltshilfen	25,4
		Angestellte	2,8
		andere Dienstleistungen	9,4
		anderes	3,5
Gesamt	100,0	Gesamt	100,0

Quelle: CENSIS (1993); Berechnungen des CENSIS auf der Grundlage von Daten des Statistischen Amtes (ISTAT) und des CENSIS

2.3 Immigration und italienischer Arbeitsmarkt

An die oben genannten Merkmale der Einwanderung hat sich in der italienischen Literatur eine oft die Begriffe verwirrende Diskussion geknüpft. Die fehlende Nachfrage auf dem regulären Arbeitsmarkt ist für Melotti (1992, 1993) das Motiv, von einer Einwanderung zu sprechen, die nicht durch von der italienischen Seite ausgehende Sogeffekte induziert, sondern einseitig durch Schubfaktoren in den Herkunftsländern in Gang gebracht worden sei. In dieser Argumentation werden nicht nur vorschnell die Begriffspaare Nachfrage/Angebot von Arbeitskraft und Sog-/Schubfaktoren von Migration ineinsgesetzt; zugleich wird auch eine als Sogfaktor zu klassifizierende Nachfrage nach Arbeitskraft auf den regulären Arbeitsmarkt verengt, so als könnten nicht auch irreguläre Beschäftigungsmöglichkeiten als Magnet wirken. Geschaffen wird - sehen wir einmal von den begrifflichen Unschärfen ab - das Bild einer sozial unerwünschten Immigration, einer Zuwanderung, die sich ohne "Sog" und ohne jede Nachfrage von italienischer Seite aus in Bewegung gesetzt hat, die deshalb von sozialer und politischer Brisanz ist: Immigranten drängen in ein Land mit 3,6 Mio. Arbeitslosen und einer Jugendarbeitslosigkeit von 33 %, das ihnen kein Auskommen bieten kann. Sie konkurrieren deshalb in einem "Krieg der Armen" (Melotti 1992, 86) mit den sozial schwächsten Italienern um "unproduktive Beschäftigungen in rückständigen tertiären Aktivitäten, die zudem zum größten Teil irregulär sind" (Melotti 1992, 81). Eine solche grundlose Einwanderung läßt sich folgerichtig nur negativ begründen - als "Verlegenheitslösung" (Melotti 1992, 78), zu der es kommt, weil Länder wie Frankreich oder Deutschland von 1974 an eine restriktive Zuwanderungspolitik betrieben haben.

Gerade die mißlichen und oftmals irregulären Beschäftigungsverhältnisse der Migranten waren anderen Autoren Grund, in die diametral entgegengesetzte Richtung zu argumentieren. Auch sie operierten mit einer Gleichsetzung von Begriffspaaren: Das Paar prekäre/reguläre Arbeitsverhältnisse wurde ihnen zum Synonym für ein von den Migranten ausgehendes komplementäres respektive kompetitives Angebot an Arbeit. Da die Einwanderer nicht in - den Italienern vorbehaltene - reguläre Beschäftigungsverhältnisse drängten, da sie sich mit prekären, schlechtbezahlten, unqualifizierten, "von der einheimischen Arbeitskraft abgelehnten" Tätigkeiten begnügten, wirkten sie nicht verdrängend, sondern ergänzend; sie "(deckten) einen Bereich des Arbeitsmarktes ab, für den die einheimische Arbeitskraft nicht mehr zur Verfügung steht" (Cagiano de Azevedo 1988, 241) und seien ein "Faktor der Reduktion der Spannungen auf dem Arbeitsmarkt" (Calvaruso 1980, 128; vgl. auch Melchionda 1993, 190).

Beide Sichtweisen leben davon, daß sie vor allem mit Kategorien hantieren und deshalb vorschnell generalisieren. Ein Blick auf die vielfältigen Aktivitäten der Immigranten

schafft ein anderes Bild, in dem sich Elemente beider Positionen finden (Borzaga/Covi 1991, 37ff.; Pugliese 1990; Calvanese 1993). So gibt es zweifelsohne Aktivitäten, in denen Zuwanderer aus der Dritten Welt nicht mit einheimischen Anbietern konkurrieren, sondern auf eine unbefriedigte Nachfrage treffen. Dies gilt regional vor allem für den Norden - hier in den letzten Jahren sogar auch in geringem Maß in regulären Beschäftigungen in der Industrie (CNEL/AASTER 1991, 82f.). Sektoral läßt sich von einer solchen Situation sprechen etwa mit Blick auf die Haushaltshilfen in Vollzeitverhältnissen, auf die in Sizilien beschäftigten tunesischen Fischer, auf Tellerwäscher und Botengänger.

Daneben aber finden sich - vor allem im Süden - Situationen, in denen Immigranten direkt mit einheimischer Arbeitskraft konkurrieren: Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft stießen nicht auf eine vorher unbefriedigt gebliebene Nachfrage, sondern verdrängten italienische Landarbeiter (Calvanese 1993, 179; Pastore 1990, 94f.). Hier nutzten die Arbeitgeber das zusätzliche Angebot zum "Sozialdumping" (Forti 1990, 115), sprich dazu, entweder die Löhne zu drücken oder bei gleichem Lohn höher produktive Arbeitskräfte einzustellen. Zu den Tarifen, die den Immigranten gezahlt wurden, fanden sich tatsächlich keine italienischen Arbeitskräfte mehr - nicht aber weil sie die Arbeit abgelehnt hätten, sondern weil sie Arbeitsbedingungen und Entlohnung zurückwiesen (Borzaga/Covi 1991, 45; Pugliese 1990, 83f.; Cotesta 1992, 81).

Drittens schließlich finden sich Aktivitäten, für deren Klassifizierung das Begriffspaar komplementäres/kompetitives Angebot von Arbeitskraft vollkommen versagt, die aber für zehntausende von Immigranten die Existenzgrundlage darstellen. Die senegalesischen fliegenden Händler, die in den Stadtzentren oder an den Touristenstränden Schnitzereien, Tuche, Souvenirs etc. anbieten, haben den Markt, auf dem sie tätig sind, überhaupt erst geschaffen. Das gleiche gilt für die an den Ampeln der Großstädte arbeitenden Marokkaner oder Polen, die mit dem Putzen von Autoscheiben ihren Lebensunterhalt bestreiten (Pugliese 1990, 80ff.).

Aus der Irregularität von Beschäftigungsverhältnissen können wir also weder ableiten, die Immigranten wirkten komplementär, deshalb nützlich für die Gastgesellschaft, noch auch, sie seien unproduktiv tätig und verdrängten zudem die schwächsten einheimischen Arbeitskräfte. Das deutliche Vorherrschen prekärer Tätigkeiten läßt sich jenseits dieser falsch generalisierenden Gegenüberstellungen jedoch auch ganz anders interpretieren: als ein Sogfaktor sui generis, der in der Tat die südeuropäische Immigration von den vorherigen Einwanderungsbewegungen nach Nordeuropa unterscheidet (Calvanese 1990, 46). In diesem Sinne identifizieren etwa Sgroi (1991-2, 58ff.), Borzaga/Covi (1991) oder Venturini (1991, 99ff.) ein mediterranes Migrationsmodell, das Italien, Spanien, Portugal und Griechenland eint.

Gemein ist diesen Ländern, daß sie im Ausgangspunkt nicht zum ökonomischen Kern der EG gehörten, daß sie verschiedene Merkmale aufwiesen, die ihnen einen peripheren Status zuwiesen: überdurchschnittliches Gewicht des Agrarsektors, unterdurchschnittliches Gewicht der Industrie, relativ niedrige Erwerbsquote, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, hoher Anteil der selbständigen traditionellen Mittelschichten. Zwar machten die mediterranen EG-Länder - vorneweg Italien, aber auch Spanien - eine rasante Entwicklung durch, aber diese Entwicklung führte ihrerseits zu einer deutlichen Segmentierung des Arbeitsmarktes: Neben dem regulären Sektor der Ökonomie prosperiert bis heute eine Schattenwirtschaft, in der Millionen Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Daß in ausgedehntem Maßstab Personen jenseits gesetzlicher Normen beschäftigt werden können - oder auch selbständig tätig sein können -, daß Schwarzarbeit also nicht die Ausnahme, sondern eine Regel des Erwerbslebens darstellt, ist wiederum nur möglich, wenn diese Situation staatlich toleriert wird (Sgroi 1991-2, 53ff.).

Durchlässiger für Immigranten sind also nicht nur Italiens Grenzen, durchlässiger ist die gesamte Gesellschaft gegenüber der nordeuropäischer EG-Staaten: Irreguläre Einwanderer haben angesichts der großen irregulären Beschäftigungschancen durchaus ein **positives** Motiv, Italien zu ihrem Wanderungsziel zu machen. Ob sie dabei ihre Arbeitskräfte komplementär oder kompetitiv gegenüber Einheimischen anbieten oder ob sie gar neue Nischen prekärer Arbeit erschließen, ändert nichts an der Wirkung dieses Sogfaktors: an der Existenz eines illegalen Arbeitsmarktes, zu dem ein Zugang auch ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis offensteht.

Daß Italien deshalb mehr ist als eine "Verlegenheitslösung", mehr als ein Zufallsziel von mangels praktikabler Alternativen dort gestrandeten Migranten, zeigt sich an der hohen Spezialisierung bestimmter Nationalitäten auf je besondere Teilmärkte des irregulären Arbeitsmarktes, einer Spezialisierung, die teils wiederum zu vollkommen unterschiedlichen Mustern der Geschlechterverteilung in den jeweiligen Migrantengruppen führt, wie Melotti (1992, 93ff.) selbst darstellt. So besteht die philippinische Migrantengruppe fast durchweg aus Frauen - die den Markt für Hausangestellte dominieren. Dagegen wandern aus dem Senegal vor allem junge Männer ein, die in Italien u.a. als Straßenhändler aktiv sind. Auch die nordafrikanischen Migranten - tätig etwa in Landwirtschaft und Fischfang - sind in der übergroßen Mehrheit Männer. An diesen Mustern zeigt sich: Nicht allein die Existenz offener Grenzen, sondern - oft vermittelt über Migrationsnetzwerke - die Chance, Zugang zu spezifischen prekären Teilarbeitsmärkten zu finden, steuerte offenbar den Zufluß der Migranten (Pugliese 1990).

Durchlässig erwies sich die italienische Gesellschaft auch insofern, als Immigranten dort jenseits jeder staatlichen Vorschrift Unterkunft finden konnten. War ihnen der reguläre

Wohnungsmarkt versperrt, so ließen es doch zuständige Kommunal- und Provinzverwaltungen geschehen, daß Immigranten leerstehende Gebäude, Lagerhallen oder Fabriken etc. besetzten. Das wohl bekannteste Beispiel war die "Pantanella", eine ehemalige Teigwarenfabrik mitten im Stadtzentrum Roms, in der in der zweiten Hälfte der 80er Jahre schließlich bis zu 2000 Zuwanderer verschiedener Nationalitäten hausten (Cotesta 1992, 40ff.).

3. Die staatliche Reaktion auf die Einwanderung

3.1 Die Gesetzgebung: Gesetz 943/1986 und Lex Martelli

Da Italien in seiner jüngsten Geschichte weder Einwanderungsland war, noch sich als 'Gast'-Land für ausländische Arbeitnehmer verstand, da zudem die vor 20 Jahren einsetzende Zuwanderung ohne staatliches Bestreben in Gang kam, überrascht es nicht, daß eine systematische Einwanderungspolitik bis vor wenigen Jahren nicht auszumachen war, ja daß das Land nicht einmal über ein Ausländergesetz verfügte. (Zur Gesetzgebung vgl. den Überblick von Zanchetta 1991, 38ff., sowie Farfan 1993 und Nascimbene 1990.)

Die einzigen einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen fanden sich in "Testo unico delle leggi della pubblica sicurezza" von 1931. Dort wurden Ausländer ausschließlich als Sicherheitsproblem behandelt; folgerichtig war die einzige Sorge des Gesetzgebers bei der Regelung der Aufenthaltsgenehmigung, Ausländern eine - bei jedem Ortswechsel wirksame - umfassende Meldepflicht aufzuerlegen.

Wie restriktiv Italien den Zuzug von Ausländern handhabte, zeigte sich nicht zuletzt am Asylrecht. Zwar hatte Italien sich der Genfer Flüchtlingskonvention angeschlossen, allerdings gleichzeitig die Gewährung von Asyl ausschließlich für Flüchtlinge aus den kommunistischen Staaten des Ostblocks in Aussicht gestellt.

Erst 1986 stellte sich der Gesetzgeber der Tatsache, daß Italien nicht mehr Zielland bloß von Touristen, von dort stationierten Militärs und Diplomaten oder von ausländischen Angehörigen gehobener Professionen war, sondern einen kontinuierlichen Zuzug von Arbeit suchenden "extra-comunitari" sah; und ebenso stellten Regierung und Parlament nun in Rechnung, daß die übergroße Mehrzahl der bisher Angekommenen mangels Alternativen illegal im Land lebte.

Das Gesetz 943/1986 - mit dem Titel "Normen hinsichtlich der Arbeitsvermittlung sowie der Stellung eingewanderter Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten und gegen die klandestine Immigration" - regelt erstmals die rechtliche Stellung der Immigranten im Erwerbsleben. In Artikel 1 garantiert "die Italienische Republik ... allen legal auf ihrem

Territorium residierenden Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Ländern die Gleichbehandlung und die volle Rechtsgleichheit mit italienischen Arbeitnehmern" und bezieht in diese Norm expressis verbis "die Rechte hinsichtlich der Nutzung der Sozial- und Gesundheitsdienste" ein. Artikel 2 schreibt das Recht auf Familienzusammenführung mit Ehepartnern und minderjährigen Kindern fest; die Familienangehörigen können ein Jahr nach ihrer Ankunft eine Arbeitserlaubnis beantragen.

Um legal in Italien wohnhafte Arbeitnehmer zu werden, müssen Nicht-EG-Ausländer in ihrem Heimatland ein Visum beantragen und über das Beschäftigungsangebot eines italienischen Arbeitgebers verfügen, der wiederum durch Bescheinigung des Arbeitsamtes nachzuweisen hat, daß Italiener oder EG-Ausländer für den Arbeitsplatz nicht zur Verfügung stehen (Art. 8). In Abweichung von dieser Norm sah das Gesetz für die schon im Land Befindlichen die Möglichkeit vor, ihren Aufenthalts- und Beschäftigungsstatus zu legalisieren, und garantierte ihnen wie auch ihren Arbeitgebern Straffreiheit, sofern sie innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Regularisierung illegaler Arbeitsverhältnisse schritten (Art. 16).

War das Gesetz gegenüber der vorherigen Situation ein unstreitiger Fortschritt, so wurde doch seine Philosophie der tatsächlichen Entwicklung in keiner Weise gerecht. Sowohl seine generellen Normen als auch die Übergangsbestimmungen zur Legalisierung des Status der schon im Lande lebenden Ausländer schufen ein enges Nadelöhr: legal in Italien leben oder nach Italien gelangen konnte nur, wer Arbeitnehmer war - dies schloß alle aus, die in prekären Formen selbständiger Beschäftigung lebten - und wer zudem über einen Arbeitsvertrag im regulären Sektor der Ökonomie verfügte, obwohl doch Arbeitsmöglichkeiten sich vor allem im irregulären Sektor eröffneten (Macioti/Pugliese 1994, 45).

Italienische Arbeitgeber wiederum beschäftigten Ausländer nur, weil sie sie in illegalen Arbeitsverhältnissen ausbeuten konnten - hatten also in ihrer übergroßen Mehrheit keinerlei Motiv, zu der vom Gesetz ermöglichten Legalisierung zu schreiten. Erst recht waren die Normen für Neuankömmlinge kaum geeignet, irreguläre in staatlich kontrollierte Wanderungsbewegungen zu verwandeln. Wer konnte schon von den Philippinen oder dem Senegal aus auf Arbeitssuche nach einem regulären Arbeitsplatz gehen, den zukünftigen Arbeitgeber zur Einholung der Bescheinigung über die Nichtverfügbarkeit von Italienern oder EG-Ausländern bewegen, in seinem Heimatland ein Visum beantragen und erst dann nach Italien einreisen? (Farfan 1993, 44f.)

Das Gesetz 943/1986 war deshalb vollkommen ungeeignet, den weiteren Zufluß klandestiner Zuwanderer zu stoppen; es verfehlte aber auch weitgehend das Ziel, die schon im Land Befindlichen aus der Illegalität zu führen. Nur gut 100.000 Immigranten nutzten

das Angebot zur Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus, und auch dies nur, weil die ursprüngliche Frist von drei Monaten mit Folge-Erlassen immer weiter - schließlich bis zum 30. September 1988 - ausgedehnt wurde. (Zanchetta 1991, 42).

Erst nachdem der kontinuierliche Zustrom von Immigranten von der italienischen Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte der 80er Jahre als ein politischer Intervention bedürftiges Problem wahrgenommen worden war, als zudem im Sommer 1989 der Mord an dem schwarzen Aktivisten Jerry Masslo Aufmerksamkeit auf die dramatischen Umstände gelenkt hatte, in denen hunderttausende von Zuwanderern lebten, schritt der italienische Staat zu einer umfassenden gesetzlichen Regelung, die als "Lex Martelli" (nach dem Namen des damaligen Vize-Ministerpräsidenten) in die Literatur einging (Balbo/Manconi 1990a, 9).

Das Gesetz 39/1990 regelte zunächst das Asylrecht neu, indem es die vorherige geographische Beschränkung auf Flüchtlinge aus dem Ostblock strich, hielt aber zugleich fest, daß die Anerkennung des Flüchtlingsstatus "keine Gewährung von Unterstützungsleistungen mit sich bringt" (Art. 1) Weiter fixierte es die verschiedenen Aufenthaltsgründe, derentwegen Nicht-EG-Ausländer ein Visum erhalten konnten: "Tourismus, Studium, abhängige oder selbständige Arbeit, ärztliche Behandlung, familiäre Motive, Kultur" (Art. 2, Abs. 1). Mit dieser Bestimmung ging - im Einklang mit dem Schengener Abkommen - eine Ausdehnung und Verschärfung der Visumspflicht für fast alle Herkunftsländer der Immigranten einher. Zum erstenmal allerdings war gesetzlich die Möglichkeit eines dauerhaften Zuflusses von ausländischen Zuwanderern vorgesehen: Art. 2, Abs. 3 bestimmte, daß jedes Jahr zum 30. Oktober ein Dekret zu erlassen sei, das die "Programmierung der Zuflüsse von Nicht-EG-Ausländern", die in Italien arbeiten wollten, vorzunehmen habe. Art. 2, Abs. 4 präzisierte, dabei sei "den Erfordernissen der nationalen Wirtschaft", "den finanziellen Mitteln und den administrativen Strukturen, die eine adäquate Aufnahme der nicht aus der EG stammenden ausländischen Bürger zu gewährleisten haben", sowie den Anträgen von schon in Italien residierenden Ausländern auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus enthält das Gesetz Martelli wiederum Bestimmungen hinsichtlich der Legalisierung des Aufenthaltsstatus der bis zum 31. Dezember 1989 Zugewanderten. Im Unterschied zu 1986 wurde die Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis nicht mehr von einem regulären Arbeitsverhältnis abhängig gemacht; sowohl Selbständige als auch prekär in Schwarzarbeiten Beschäftigte kamen nun in den Genuß der Legalisierung (Art. 9). Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, daß 1990 binnen weniger Monate 235.000 Immigranten von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch machten.

Die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes geführte öffentliche Diskussion kreiste vor allem um die relativ zuwandererfreundlichen Regularisierungsbestimmungen; deshalb - aber auch weil die Regierung weithin unwidersprochen das Gesetz als ausländerfreundlich präsentierte und Opposition nur von der Rechten kam - galt die "Lex Martelli" im ganzen als Gesetz, das die Stellung der Ausländer verbesserte. Eine solche Bewertung erscheint im Ganzen nicht angebracht, da weiterhin - wie schon 1986 - für die noch nicht Eingewanderten äußerst enggefaßte Bestimmungen galten, die de facto die Immigration Arbeitssuchender ausschlossen - zuziehen konnte weiterhin nur, wer schon eine Arbeitsplatzzusage hatte. Zanchetta (1991, 46) sieht deshalb als den das Gesetz "am stärksten charakterisierenden operativen Aspekt" die "Polizeinorm" der Abschottung, und Macioti/Pugliese (1994, 48) sprechen von einem "Gesetz der Grenzschließung". An der Politik der geschlossenen Tür änderte auch die "Programmierung der Zuflüsse" nichts: Da die "Erfordernisse der nationalen Wirtschaft" ohne Zuwanderung zu befriedigen waren, wurde die "Programmierung" - die begrifflich den Schein erzeugte, Italien wolle jährlich feste Kontingente einwandern lassen - zum Anwerbestop. In den Folgejahren wurde jeweils nur ein Kontingent weniger tausend Einwanderer bewilligt, die als Haushaltshilfen benötigt wurden (Balbo/Manconi 1992, 16; Farfan 1993, 44; Ardivilla 1991, 70).

3.2 Die materialen Interventionen des Staates

Genau wie auf dem Feld der legalen Regelung der Immigration zeigte sich auf dem Feld öffentlicher Leistungen, daß der italienische Staat das Problem der Immigration schlicht ignorierte. Er ließ jahrelang Einwanderer ins Land - und überließ sie, einmal angekommen, sich selbst. Immigranten kamen weder in den Genuß von staatlichen Transferleistungen, noch erhielten sie Sozialbetreuung oder staatlich organisierte Rechtsberatung, noch wurde ihnen durch staatliche Angebote - etwa Sprachkurse - die Integration erleichtert (Delle Donne 1993, 63f.).

Die einzigen Strukturen, die sich der Neu-Ankömmlinge wie auch der schon länger in Land Befindlichen annahmen, waren nichtstaatlich. Vor allem katholische Einrichtungen - vorneweg die Caritas - und in zweiter Linie die Gewerkschaften trugen die Hauptlast der Einwanderersozialpolitik, stellten Beratung, Sozialküchen, Sprachkurse oder auch Räumlichkeiten für Immigrantenorganisationen zur Verfügung. Wie sehr sich der Staat - übrigens genauso wie auch auf anderen Feldern italienischer Sozialpolitik - auf das "volontariato" der NGO's verließ (und weiterhin verläßt), mag ein Beispiel aus Rom illustrieren. Dort war die Caritas dazu übergegangen, den irregulären Einwanderern, die oft ohne Ausweispapiere waren, einen Caritas-Ausweis auszustellen - mit

dem Resultat, daß staatliche Ämter diese Caritas-Ausweise als Ersatzdokumente anerkannten (CNEL/AASTER 1990, 165ff.; Forti 1990, 109).

Erst die "Lex Martelli" sah die Einstellung von 200 Sozialarbeitern und 20 Psychologen (für ganz Italien!) vor, die neuankommende Immigranten betreuen sollten (Art. 12). Außerdem stellte der Staat nun Mittel zur Schaffung von "Centri di prima accoglienza", Erstaufnahmezentren, in denen Neueingewanderte für einige Monate einen Schlafplatz finden konnten, zur Verfügung (CNEL/AASTER 1991). Gerade von süditalienischen Regionen aber wurden diese Mittel oft gar nicht abgerufen (Bolaffi 1994, 281); nur im Norden entstanden einige wenige Aufnahmezentren, die für die übergroße Mehrheit der Immigranten keine Änderung der desolaten Wohnsituation mit sich brachten: Fast alle Immigranten hausen weiterhin in Kollektivunterkünften wie Billigpensionen, Schuppen, Lagerhallen etc., ja nächtigen - so etwa geschehen 1990 in Vicenza - zu hunderten in Bahnhofshallen (CNEL/AASTER 1991; Franchini/Guidi 1991, 19ff.; Balbo/Manconi 1992, 33; Forti 1990, 119). Die Caritas ermittelte in Rom unter den Einwanderern einen Anteil von 39% ohne feste Bleibe (CENSIS 1993, 28).

Behandelten Gesetzgeber und Administration die Immigration sozialpolitisch als nicht interventionswürdiges Problem, so wurde die Situation weiter durch staatliche Ineffizienz verschärft. Als 1991 zehntausende von Albanern über die Adria nach Apulien gelangten, wurden die Flüchtlinge zunächst vor Ort in Zeltlagern untergebracht. Im zweiten Schritt beschloß die Regierung, die Albaner auf alle Regionen Italiens aufzuteilen - und Monate später hausten sie immer noch in den Zeltlagern, da fast alle Regionen ihrer Aufnahmepflicht nicht nachgekommen waren (Melchionda 1993, 192).

Entschiedenheit demonstrierte die italienische Regierung erst mit einer materialen Intervention sui generis, als es ihr darum ging zu demonstrieren, daß es ihr mit der - in der "Lex Martelli" kodifizierten - Politik der geschlossen Grenzen ernst war. Als im August 1991 tausende von Albanern auf gekaperten Schiffen in Brindisi anlangten, hielt die Polizei sie tagelang unter unwürdigsten Umständen erst auf dem Kai, dann in einem Stadion fest, um sie dann umgehend in ihr Heimatland zurückzubefördern. Einer Minderheit unter ihnen, die sich der Abschiebung widersetzten, versprach die Regierung die Aufnahme - und verfrachtete sie ebenfalls in einer Nacht- und Nebelaktion mit Flugzeugen nach Albanien (Ghirelli 1993, 45ff.).

3.3 Bewertung der staatlichen Einwanderungspolitik

In der Zusammenschau der legalen und der materialen Interventionen ergibt sich eine deutliche Teilung der italienischen Einwanderungspolitik in zwei Phasen. Die erste, bis 1990 dauernde Phase läßt sich als Politik der offenen Hintertür bezeichnen: Zwar ver-

fügten ausländische Nicht-EG-Bürger nicht über die Möglichkeit, legal nach Italien zuzuwandern, aber der italienische Staat verschloß beide Augen vor der faktisch stattfindenden Immigration. Er ließ die Zuwanderer mit Touristenvisa ins Land; und auch nach deren Ablaufen mußten sie kaum die Ausweisung befürchten - pro Jahr waren es wenige tausend, die Italien verlassen mußten. Ebensowenig mußten die prekär arbeitenden Ausländer und ihre Arbeitgeber systematische staatliche Kontrollen gewärtigen, auch wenn sie - wie bei der Tomatenernte - zu tausenden in kleinen Ortschaften konzentriert waren (Ghirelli 1993, 29) oder wenn sie - als fliegende Händler - in aller Öffentlichkeit illegal Geschäfte tätigten. Die Hürden legaler Immigration waren unüberwindlich, die Maschen für die irreguläre Einwanderung aber waren sehr weit. Es wäre also verfehlt zu behaupten, Italien habe eine Politik der offenen Tür praktiziert, die Einwanderung zugelassen - es ließ sie einzig in der Form irregulärer Immigration zu. Im wahrsten Sinne des Wortes gelangen die "extracomunitari" durch den Dienstboteneingang in die italienische Gesellschaft, denn ihr illegaler Status zwang sie ohne jede Möglichkeit des sozialen Aufstiegs - Kanäle für eine nachfolgende Legalisierung gab es nicht - in prekäre und irreguläre Beschäftigungsverhältnisse (Calvanese 1993, 174). An diesem Bild änderte auch das Gesetz 943/1986 wenig, da es die Hürden sowohl für eine legale Einwanderung als auch für eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus der schon Anwesenden so hoch hängte, daß sie fast immer unüberwindlich blieben. Es änderte aber auch insofern nichts, als der Staat weiterhin die irreguläre Zuwanderung geschehen ließ: Zieht man etwa die Ausweisungen als Indikator heran, ergab sich nach 1986 keinerlei Änderung in der faktischen staatlichen Toleranz gegenüber den irregulären Immigranten.

Eine deutliche Wende erfolgte hingegen mit der "Lex Martelli" von 1990. Aus der Politik der offenen Hintertür wurde die Politik des "Wer da ist, ist da" (Manconi 1990, 81) - und wer draußen ist, bleibt draußen. Erstmals wurden die Immigranten zu Rechtssubjekten, denen tatsächlich die Möglichkeit offenstand, ihren Status zu legalisieren - sofern sie schon in Italien lebten. Ihnen gegenüber zeigte sich der Staat bis zur Überdehnung der Normen der Lex Martelli tolerant. So verfügte ein Zirkular des Innenministeriums an die Polizeipräsidien von 1990, die Aufenthaltserlaubnis sei auch denjenigen extracomunitari zu gewähren, die nicht die Bestimmungen des Gesetzes erfüllten (Zanchetta 1991, 44). Die deutliche Ausweitung der Möglichkeit für die schon Zugewanderten, endlich ausgestattet mit Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis im Land zu leben, ging aber mit der Aufrechterhaltung hoher Hürden für Zuwanderungswillige einher; und erstmals machte der italienische Staat von 1990 an mit der Abschreckung irregulärer Einwanderer ernst. Hierfür steht nicht nur die spektakuläre, brutale Rückschaffung der Albaner von 1991, hierfür stehen auch die 1990 deutlich ansteigenden Aus- und Zurückweisungsziffern: In den ersten fünf Monaten des Jahres 1990 erfolgten 2280 Ausweisungen (gegenüber 837 im ganzen Jahr 1989) und mehr als 24.000 Zurückwei-

sungen an der Grenze (gegenüber 13.900 im gleichen Vorjahreszeitraum) (Forti 1990, 106).

Wenn das Gesetz 39/1990 den schon Eingewanderten den Weg in die Legalität erleichterte, eröffnete es ihnen zugleich auch die Möglichkeit, Zugang zum regulären Arbeitsmarkt zu finden. Dennoch schuf es - in einer typischen Lösung "all' italiana" - für die Mehrheit der Immigranten einen Zwischenstatus der Halblegalität: Zwar verfügten sie nun über legalen Aufenthalt, arbeiteten aber in illegalen Beschäftigungsverhältnissen. Weiterhin blieben es denn auch schlechtbezahlte Schwarzarbeiten, die - gewissermaßen nicht mehr bloß toleriert, sondern staatlich abgesegnet - die einzigen Erwerbsgelegenheiten des außereuropäischen Subproletariats darstellten (Ghirelli 1993, 91ff.).

Daß 1990 die entscheidende Wende weniger in der - vorher praktizierten, nun in Normen gegossenen - Tolerierung der einmal ins Land Gelangten als in der Einführung einer Politik der geschlossenen Tür für die draußen Gebliebenen bestand, zeigte sich in der unveränderten Untätigkeit des Staates auf dem Feld der materiellen Leistungen. Melotti (1993,46) nennt diese Politik einen "Sozialdarwinismus all' italiana": Im Verzicht auf die Erbringung von Leistungen überließ der Staat es den Immigranten, sämtliche sich ihnen stellende Probleme selbst zu lösen und sich dabei womöglich in eine direkte Konkurrenz mit den schwächsten Schichten der italienischen Gesellschaft zu begeben, mit denen die Einwanderer sowohl in Armenghettos am Rande der Großstädte als auch zum Teil in den ihnen offenstehenden Schwarzarbeitsverhältnissen zusammentrafen. Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, daß sich die Lebensbedingungen der Immigranten in den letzten Jahren nicht veränderten. So lenkte 1989 der Mord an Jerry Masslo die Aufmerksamkeit des ganzen Landes auf die katastrophalen Umstände, unter denen tausende von "extracomunitari" in Villa Literno (einer Kleinstadt in Kampanien, gelegen im Zentrum der Tomatenanbaugebiete) hausten - und 1994 stand diese Barackenstadt ohne Wasser und Strom, die an südamerikanische Favelas erinnerte, unverändert dort, weiterhin bevölkert von mindestens 3000 Zuwanderern, bis sie im September unter ungeklärten Umständen niederbrannte (La Repubblica, 18.9.1994).

Die Regierung hatte gerade unter Hinweis auf Situationen wie in Villa Literno die Notwendigkeit der Lex Martelli begründet, die Notwendigkeit, weitere Immigranten abzuschrecken, um die schon Anwesenden besser zu integrieren. Doch von einer erfolgreichen Integration auch nur der legal im Land Lebenden kann nicht einmal in Ansätzen die Rede sein; zugleich sorgte die 1990 eingeschlagene rigide Abschottungspolitik aber dafür, daß den später ins Land Gelangten wiederum nur der Weg in die Illegalität blieb, weshalb auch heute einige hunderttausend irreguläre Immigranten in Italien leben und die Reihen dieses am Rand der Gesellschaft lebenden Subproletariats weiter auffüllen.

4. Einwanderungsfrage und gesellschaftliche Konflikte
4.1 Das Konfliktpotential

Jahrzehntelang wurde in Italien das Bild vom "guten Italiener" gepflegt, der - anders als Deutsche, Schweizer, Franzosen oder Briten - "nicht-rassistisch" sei (Cotesta 1993, 197; Furcht 1993, 221). Als Auswanderervolk geimpft durch Erfahrungen erlittener Diskriminierung, seien die Italiener gefeit gegen die Versuchung, ihrerseits rassistischen Anwandlungen zu erliegen. Daß dieses Stereotyp in den Bereich der "Folklore" (Cotesta 1993, 198) gehörte, daß der italienische "Anti-Rassismus" eben nur solange sicheren Bestand hatte, wie er dank der Abwesenheit eines möglichen Objektes wohlfeil zu haben war, zeigte sich zu Ende der 80er Jahre. Zeitgleich mit der Einwanderungsfrage entdeckte die Öffentlichkeit das Problem des Rassismus; binnen kurzem erschienen in recht hoher Auflage eine ganze Reihe Bücher, die besorgt das neue Phänomen konstatierten (Balbi 1988, Bocca 1988, Nirenstein 1990, Manconi/Balbo 1990). Sowohl individuelle Gewaltakte gegen "extracomunitari" als auch kollektive Protestaktionen, sei es von Kaufleuten gegen fliegende Händler, sei es von Bewohnern von Großstadtvierteln mit hoher Ausländerpräsenz, zerstörten innerhalb weniger Monate das beruhigende Bild vom Nicht-Problem Rassismus. Umgekehrt wurde nun die Frage aufgeworfen, ob nicht gerade die geringe Erfahrung der 'provinziellen' italienischen Bevölkerung mit auf ihrem Territorium lebenden Immigranten in besonderer Weise zu rassistischen Einstellungen disponiere (Borzaga/Covi 1991, 41).

Auch wenn dem so wäre - empirische Untersuchungen liefern bisher keinen Anhalt für einen etwa gegenüber Deutschland stärker ausgeprägten Rassismus -, ist doch festzuhalten, daß bisher der Möglichkeit zur Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte (und damit zu ihrer Ausbeutung durch politische Unternehmer des Rassismus) Grenzen gesetzt waren. Dies wird deutlich, wenn man die italienische Situation kontrastiv zur deutschen liest.

In Deutschland ist die Präsenz von Immigranten mit Blick sowohl auf die mittlerweile in der zweiten und dritten Generation ansässigen "Gastarbeiter" als auch auf die seit den 80er Jahren dank des Asylrechts Zugewanderten ausbeutbar für ausländerfeindliche politische Diskurse. Gegenüber der ersten Gruppe lassen sich soziale Konflikte um die knapp gewordenen Güter Arbeit und Wohnung entlang ethnischer Linien interpretieren: Da die "Gastarbeiter" genauso wie Deutsche als Anbieter auf dem regulären Arbeitsmarkt wie auch als Nachfrager auf dem regulären Wohnungsmarkt auftreten, ist es ein leichtes, sie zu Konkurrenten der Deutschen und damit zu denjenigen zu erklären, die Schuld an Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot tragen. Ähnliche Erklärungsversuche versagen weitgehend gegenüber der zweiten Gruppe, den Asylbewerbern. Sie sind durch Arbeitsverbote vom regulären Arbeitsmarkt und durch die ihnen auferlegte Unterbrin-

gung in Kollektivunterkünften meist auch vom regulären Wohnungsmarkt ausgeschlossen. Aber der Tatbestand, daß sie in staatlich bereitgestellten (und finanzierten) Unterkünften leben, daß sie Sozialhilfe empfangen und daß sie in den kostenfreien Genuß von Leistungen des Gesundheitswesens gelangen, schafft die Möglichkeit, auch die Asylbewerber als "Konkurrenten" der Deutschen zu identifizieren: als Konkurrenten um knappe staatliche Ressourcen. Eine Agitation in dieser Richtung braucht sich um die realen (und niedrigen) Kosten der Asylpolitik nicht zu kümmern; ihren Adressaten in der deutschen Bevölkerung reicht meist das pure Faktum, daß unverwünschte Ausländer staatliche Gelder empfangen, um in den "Asylanten" die Verantwortlichen der Miseren deutscher Sozialpolitik auszumachen - sprichwörtlich etwa der Nigerianer mit dem 10.000 Marks-Gebiß oder die afrikanischen Sozialhilfe-Betrüger.

Eine Agitation, die an der Knappheit von Ressourcen ansetzt (Arbeit, Wohnung, staatliche Sozialleistungen) und Ausländer zu den Verantwortlichen der Knappheitssituation erklärt, eröffnet sich zudem die Möglichkeit, auch Adressaten zu erreichen, die in ihrer Lebenswelt nie oder nur in geringem Maß mit Ausländern zu tun haben, und so die Ausländerfrage über alle sozialen Schichten und alle Regionen des Landes hinweg als politisches Problem zu generalisieren. Ausländer können deshalb sogar in jenen Gegenden Deutschlands zum "Problem" werden, in denen sie kaum siedeln - in denen es aber (wie in den neuen Ländern) besondere Knappheitserfahrungen etwa mit Arbeit oder mit Sozialleistungen gibt.

Einer entsprechenden Argumentation gegen Ausländer, die den Einheimischen Arbeit, Wohnung oder staatliche Leistung 'stehlen', fehlen jedoch in Italien weitgehend die Grundlagen. Dafür ist gewiß der gegenüber Nordeuropa deutlich niedrigere Ausländeranteil an der Bevölkerung verantwortlich; nimmt man außer den ca. 1 Mio. legal im Lande lebenden eine Zahl von 200.000 (nach Pugliese 1993) bis 500.000 (nach CENSIS 1993) irregulären Immigranten an, so erreicht Italien eine Ausländerquote von 2-2,5%; selbst im Ballungsraum Rom erreicht der Ausländeranteil gerade 6% (Caritas di Roma 1992, 57). Entscheidender als dies ist jedoch, daß Immigranten in Italien aufgrund ihres weitgehenden Ausschlusses aus dem regulären Arbeits- und Wohnungsmarkt kaum je als "Verursacher" von Arbeitslosigkeit oder Wohnungsmangel angeprangert werden können. Da der italienische Staat zudem kaum Ressourcen für Ausländer aufbringt, da selbst legal ansässige Immigranten in der Regel nicht Ansprüche auf öffentliche Unterstützungsleistungen haben und da eine mit Kosten verbundene Ausländersozialpolitik kaum stattfindet, lassen sich Immigranten auch nicht für Löcher in den öffentlichen Kassen oder Streichungen im Sozialhaushalt verantwortlich machen: Bolaffi (1994, 281), Verantwortlicher für Immigration beim Amt des Ministerpräsidenten, nennt die Zahl von 105 Mrd. Lire (= ca. 105 Mio. DM), die der Staat 1990-92 für die Erstaufnahmezentren ausgab, und befindet selbst, das sei "nicht viel". Damit entfällt aber auch eine

wesentliche Bedingung, die Einwanderungsfrage zu einem Problem zu generalisieren, das angesichts der das ganze Land treffenden (realen oder, wie meist in solchen Argumentationen, fiktiven) Kosten jeden Bürger, unabhängig von seiner persönlichen Betroffenheit, angehen müsse. Zynisch gesprochen, könnte man deshalb sagen, daß der italienische Staat durch seine weitgehende Nichtbefassung mit der Immigration das Seine zur Entschärfung möglichen Konfliktstoffes beigetragen hat: Mit dem Ausländer als "Konkurrenten" und als "Parasiten" läßt sich kaum argumentieren, wo Immigranten als Konkurrenten nicht auftreten und Leistungen nicht empfangen.

Dies heißt, daß mit der Immigration verbundene soziale Konflikte in Italien zunächst lokal umgrenzt waren - und hier wirkte die Nichtexistenz einer Immigrationspolitik notwendig konfliktverschärfend (Delle Donne 1993, 80; einen Überblick über unterschiedliche lokale Konfliktsituationen liefert Cotesta 1992). Der "Sozialdarwinismus all' italiana" (Melotti) bedeutete, daß Ausländer Beschäftigung und Wohnung auf irregulären Märkten fanden. Konkurrierten Ausländer meist nicht mit Einheimischen um die Beschäftigungsmöglichkeiten, so war doch gerade die Landwirtschaft des Südens ein Sektor, in dem Immigranten von Einheimischen - vor allem von den Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt - als kompetitiv erlebt wurden, da sie zum Mittel eines Sozialdumping wurden. Verschärft wurde das lokale Konfliktpotential durch den vollkommen unkontrollierten saisonalen Zufluß hunderter, ja manchmal tausender ausländischer Erntearbeiter in kleine Kommunen.

Lokal umgrenzte Konfliktzonen wurden auch arme, slumähnliche Randgebiete der Großstädte. In ihnen fanden Immigranten oft irreguläre Wohnmöglichkeiten; die "borgate" rund um Rom etwa haben eine weit höhere Ausländerdichte als die Innenstadt-Quartiere. Auch auf diesem Feld trug die Regierung gelegentlich weiter zur Verschärfung der Probleme bei. Als sie etwa 1990 die alte Teigwarenfabrik "Pantanella" räumen ließ, plante sie, die dort lebenden 2000 Immigranten auf leerstehende Schulgebäude in den Armenvierteln zu verteilen und löste so lokale Revolten aus. Das Motiv dieser Revolten ist kaum in einer direkten Konkurrenzsituation zu sehen, da die Immigranten fast durchweg in von Italienern nicht genutzten Unterkünften hausen sollten. Ausschlaggebender dürfte die Furcht der Bewohner vor einer weiteren Verslumung ihrer Viertel gewesen sein (Camponi 1990, 74f.; Cotesta 1993, 40f.; Borgaza/Covi 1991, 41).

Neben diesem "proletarischen Rassismus" in sozialen Brennpunkten entwickelte sich zugleich in einigen Stadtzentren der Protest gehobener Schichten. In Florenz, Rimini und anderen Städten mobilisierten Kaufleute zu Demonstrationen gegen die "vu cumprà", die fliegenden Händler, die sie weniger als direkte Konkurrenten fürchteten denn

als mögliche Beeinträchtigung des Ambiente für die die italienischen Händler interessierende zahlungskräftige Kundschaft (Cotesta 1992, 95ff.).

Ebenfalls in den Zentren einiger der größten Städte erhielt möglicher Protest der Einheimischen Nahrung durch die Rolle von Immigranten in der Kleinkriminalität. Aufgrund ihre irregulären Status und ihrer oft äußerst prekären ökonomischen Existenz sind "extracomunitari" - übrigens genauso wie z.B. die großstädtische Jugend in Süditalien - oft leicht für kriminelle Aktivitäten zu rekrutieren. In einigen Städten sind die Drogen-Kleinhändler mittlerweile fast ausschließlich ausländischer Herkunft (ihre Hintermänner aber italienisch), so wie Roma aus Jugoslawien als Taschendiebe in Erscheinung treten. Zwar spielen Ausländer in der Schwerkriminalität kaum eine Rolle, in der Lebenswelt als alarmierend wird aber oft gerade die Mikro-Kriminalität wahrgenommen (Furcht 1993, 228). So kam es in Genua 1993 zu massiven Straßenprotesten gegen die im Zentrum präsenten ausländischen Drogendealer, die sich zur Jagd auf jedweden Schwarzafrikaner steigerten (Poggio 1993, 26). Eine ähnliche Rechtfertigung als Vertreibung von Dealern hatte schon die mehrtägige Hetzjagd auf Ausländer in Florenz zu Karneval 1990 erfahren (Ghirelli 1993, 111).

Es bleibt aber festzuhalten, daß für rassistische Diskurse ausbeutbare Konfliktsituationen je lokal umgrenzt sind, da gesellschaftliche Konflikte bisher weniger um Ausländer kreisten, die den Italienern etwas 'stehlen' (und damit das Volk als Kollektiv treffen), sondern um Immigranten, die durch ihre Präsenz in bestimmten lokalen Kontexten 'stören'. Relativiert wird eine solche Eingrenzung heute durch die Wirkung der Medien, vor allem, wenn sie - wie es in Italien 1989/90 der Fall war - die Einwanderungsfrage einerseits losgelöst von jedwedem konkreten sozialen Problem als diffus bedrohliche Invasion diskutierten und andererseits die Bedrohungsängste durch die Nennung völlig überhöhter Einwanderungsziffern steigerten (Delle Donne 1993, 63). Die Möglichkeit dazu stand dank des illegalen Status der meisten Immigranten (und damit des Fehlens verläßlicher Statistiken) offen. Ebenso rasch wie eine solche diffuse Alarmstimmung entstehen konnte, war ihr jedoch nach der Verabschiedung der "Lex Martelli" die Grundlage entzogen: Da das Gesetz den schon im Land Befindlichen die Legalisierung ihres Status deutlich erleichterte, wurde in den Folgemonaten deutlich, daß es keinen Grund für die Annahme gab, ein Millionenheer von Illegalen lebe im Land (Calvanese 1993, 174).

Damit waren mögliche Konflikte zwischen Italienern und Immigranten wiederum eingehegt. Wenn aber von einer lokalen Begrenzung und Einhegung der Konfliktszenarien die Rede ist, heißt dies nicht, daß ein Wirkungsfeld für politische Unternehmer des Rassismus nicht existiere. Denn zum einen funktioniert das Sündenbock-Schema zumindest in diesen lokal umgrenzten Situationen gut - wie sich in den heruntergekommenen Vor-

städten zeigt. Deren Verslumung liefert ein Paradebeispiel für gescheiterte Stadtplanung, für Bauspekulation bis hin zur Errichtung von Schwarzbauten, für das Versagen der Kommunen bei der Bereitstellung von Infrastrukturen. Nicht dagegen aber rebellierten die Vorstadt-Bewohner in Rom oder Mailand, sondern gegen den weiteren Abstieg, der ihren Vierteln ihrer Meinung nach drohte, wenn dort weitere Ausländer untergebracht wurden (Campioni 1990, 74f.). In ähnlicher Weise lassen sich mit der Kriminalität verbundene Bedrohungsängste auf Ausländer fokussieren. Und schließlich mag es in Italien schwierig sein, eine generelle "Das-Boot-ist-voll"-Stimmung zu erzeugen; zumindest aber die Verlierer des Arbeitsmarkts, etwa die hunderttausende arbeitslosen Jugendlichen, sind empfänglich für Argumentationen, die trotz einer real nur in Ausnahmefällen gegebenen direkten Konkurrenz mit Ausländern um Beschäftigungsmöglichkeiten dennoch deren Präsenz als mitverantwortlich für die Arbeitslosigkeit ansehen: 1989 befürchteten in einer Umfrage unter 18- bis 29-jährigen 48,4% der Befragten, die Zuwanderung könne für ihre Beschäftigungsaussichten "eine ernste Drohung darstellen" (Amodio 1989, 381).

4.2 Die Einstellungen der Italiener zur Immigration zu Beginn der 90er Jahre

Daß die Einstellungen der Italiener zur Immigration sich von 1987 bis 1991 deutlich veränderten, daß sich damit der Spielraum für politische Unternehmer des Rassismus vergrößerte, belegen verschiedene Meinungsumfragen der Institute DOXA und IRP (alle folgenden Daten, soweit nicht anders angegeben, bei Bonifazi 1992). Die Wahrnehmung der ausländischen Präsenz im Land verschob sich innerhalb weniger Jahre signifikant: 1987/88 vermuteten 31,3% der Italiener mehr als 1,5 Mio. Ausländer im Land (davon gar 13,7% mehr als 3 Mio.), 1991 glaubten dies schon 40,6% (davon schätzten 20,9% über 3 Mio.) (Tab. 6). 1987 sahen 39,9% der Befragten in ihrer eigenen Provinz "viele" oder "eine beachtliche" Zahl von Immigranten, 1991 dagegen 79,2% (Tab.7).

Tab 6: Beurteilung der in Italien lebenden Ausländerzahl

Beurteilung	Erhebungen	
	1987-8	1991
- niedrig (a)	13,6	9,8
- mittel (b)	18,8	15,3
- hoch (c)	17,6	19,7
- sehr hoch (d)	13,7	20,9
- weiß nicht	36,2	34,3
GESAMT	100,0	100,0

(a) 1987-7: unter 750.000; 1991: unter 700.000; (b) 1987-8: 750.000-1.500.000; 1991: 700.000-1.500.000; (c) 1.500.000-3.000.000; (d) über 3.000.000.
Quelle: IRP (Bonifazi 1992, 28).

Tab. 7: Wahrnehmung der Immigranten am Wohnort

Beurteilung	Erhebungen		
	1987	1989	1991
- viele	21,2	28,5	45,9
- eine beachtliche Zahl	18,7	27,4	33,3
- einige	22,5	24,9	15,3
- keine oder kaum welche	27,2	12,7	3,1
- weiß nicht	10,4	6,5	2,4
GESAMT	100,0	100,0	100,0

Quelle: DOXA (Bonifazi 1992, 28).

Mit der wachsenden Kenntnisnahme der Immigration ging unmittelbar ein Umschwung in der Bewertung ihrer Konsequenzen einher: "Zu viele" Ausländer lebten laut 49,7% der Befragten von 1987 in Italien, während 1991 schon 74,5% sich entsprechend äußerten (Tab. 8). Überwiegend Vorteile für Italien brachte die Einwanderung 1989 noch für 13,1% der Befragten, 1991 jedoch nur für 5,1%; Nachteile verursachte sie nun laut 61% (1989: 43,1%). 1987 sprachen sich noch 48,5% für, 45,5% gegen das Argument aus, die Einwanderung sei positiv, "weil es gut ist, mit anderen Kulturen Kontakt zu haben". 1991 war die Zustimmung auf 35,5% gefallen, die Ablehnung aber auf 61,8% gestiegen. 1987 sahen 45,7% in der wachsenden Immigration den Grund der Verbreitung von Terrorismus und Verbrechen, 1991 dagegen 55,3%. Unverändert blieb dagegen der Anteil derer, die bejahten, daß Einwanderer "den Italienern Arbeitsplätze wegnehmen": 1987 46,8% (nein: 50,4%), 1991 46,2% (nein: 50,4%).

Tab. 8: Meinungen über die Zahl der in Italien lebenden Ausländer

Meinungen	Erhebungen	
	1987-8	1991
- zu viele	49,7	74,5
- weder zu viele noch wenige	35,7	19,1
- nicht viele	1,7	1,1
- weiß nicht	12,8	5,4
GESAMT	100,0	100,0

Quelle: IRP (Bonifazi 1992, 28)

Ebenso wandelte sich die Einstellung zur staatlichen Einwanderungspolitik. Noch 1989 wollten 31,8% der Italiener die staatliche Förderung der Immigration; dieser Wert sank

1991 auf 13%, während die Ablehnung von 50,7% auf 75% abstieg. 10,9% der Bürger wollten 1991 einen kompletten Zuwanderungsstop (1989: 7,2%) und 37,8% forderten die Beschränkung der Immigration auf "Ausnahmen" (1989: 17,7%).

Tab. 9: Vorteile und Nachteile der Immigration

Meinungen	Erhebungen		
	1987	1989	1991
- nur oder hauptsächlich Vorteile	13,3	13,1	5,1
- Vor- und Nachteile	24,1	29,0	23,9
- nur oder hauptsächlich Nachteile	49,3	43,1	61,0
- weiß nicht	13,3	14,8	10,0
GESAMT	100,0	100,0	100,0

Quelle: DOXA (Bonifazi 1992, 29)

Auf der Basis der DOXA- wie auch der IRP-Erhebungen errechnet Bonifazi (1992, 35ff.) eine der Immigration gegenüber "moderat feindliche" sowie eine "feindliche" Gruppe im Umfang von 15,3% bzw. 12,5% der Grundgesamtheit. Gerade der zweite Wert kommt den von Melotti (1993a, 127, 135) ermittelten Anteilen von 11,1% der Italiener, die die Integration der Ausländer für unmöglich erklären, bzw. von 12,9%, die eine Heirat zwischen Italienern und Ausländern für "gefährlich" halten, und den von Nirenstein (1990, 60) genannten 11,5% sehr nahe, die der Aussage zustimmen: "Ich glaube, ich könnte es nicht ertragen, wenn ein Neger in meine Nachbarwohnung zöge". Zwei weitere von Nirenstein (1990, 60f.) genannte Werte wiederum nähern sich deutlich der Summe der beiden von Bonifazi identifizierten, der Immigration ablehnend gegenüberstehenden Gruppen: 27,4% bejahen die Aussage, "je mehr man die Ausländer kennenlernt, desto stärker überzeugt man sich, daß die Italiener besser sind", und 30,7% sind "für Gesetze, die es Ausländern verbieten, in Italien zu arbeiten"; und laut Melotti (1993a, 125) sehen 25,1% der Italiener in der Ablehnung von Immigranten durch die Bewohner der Stadtrandviertel von Rom oder Mailand "eine richtige Reaktion". Belotti/Rasera (1992, 42) ermittelten etwa im gleichen Zeitraum einen Anteil der "Intoleranten" von 18%.

Es läßt sich also konstatieren, daß die latente Nachfrage nach fremdenfeindlichen politischen Kräften im Übergang zu den 90er Jahren deutlich anstieg; in einer alteingesessenen neofaschistischen Partei sowie einer neuformierten rechtspopulistischen Liste, der Lega Nord, fanden sich zudem zwei potentielle Anbieter, zwei mögliche politische Unternehmer des Rassismus.

5. Die potentiellen politischen Unternehmer des Rassismus
5.1 Der Movimento Sociale Italiano (MSI)

Es ist das besondere Merkmal faschistischer Bewegungen, daß sie soziale Konflikte einzig durch das Raster der Nation betrachten, sprich das Vorhandensein von Interessengegensätzen im Inneren der Gesellschaft wie auch die Existenz sozialer Probleme exklusiv aus dem Wirken der Nation feindlicher Kräfte im Inneren oder im Äußeren ableiten. Es besteht keine Notwendigkeit, daß deshalb eine faschistische Kraft den (inneren oder äußeren) Feind in ethnischen Termini definiert - als mögliche Feinde taugen auch politische Gegner, "Marxisten" und "Liberale", die die eigentlich harmonische Einheit des Volkes und der Nation zersetzen, oder ethnisch zum eigenen Volk gehörende "Asoziale", die "parasitär" den Wohlstand der Nation schmälern und die Gesundheit des Volkskörpers schwächen. Umgekehrt gilt aber immer, daß einer faschistischen Partei mit der von ihr geschaffenen Entgegensetzung Nation - Feinde der Nation auch die Möglichkeit offensteht, soziale Konflikte zu ethnisieren: den Feind in rassefremden Elementen, in Immigranten ausfindig zu machen.

In der Doktrin des Mussolini-Faschismus wie auch in seinem politischen Wirken spielte die Rassenfrage eine untergeordnete Rolle; ganz im Unterschied zum Nationalsozialismus verzichteten die italienischen Faschisten zunächst darauf, ihre inneren Gegner in ethnischen Termini zu charakterisieren (Priester 1972). Dies heißt andererseits nicht, daß der Faschismus unrassistisch gewesen sei; es kostete ihn 1938 wenig Mühe, die deutschen Rassegesetze zu übernehmen oder auch für seine afrikanischen Kolonien Heiratsverbote zwischen Weißen und Schwarzen zu verfügen. Dennoch: der Rassismus spielte nach dem II. Weltkrieg als Signum des Faschismus keine übergeordnete Rolle im kollektiven Gedächtnis der Italiener.

Auch die sofort nach Kriegsende entstandene faschistische Partei, der Movimento Sociale Italiano (MSI), verzichtete weitgehend auf rassistische Stereotype in der Propaganda. Hauptfeind des MSI war für Jahrzehnte die starke Kommunistische Partei; mit dem Kampf gegen die "rote Gefahr" legitimierte der MSI seine Existenz und versuchte sich den Parteien der Mitte wie auch der konservativen Wählerschaft als antikommunistisches Bollwerk anzudienen. Zugleich attackierte der MSI die regierenden Christdemokraten und ihre Bündnispartner mit dem Fingerzeig auf deren klientelare Mißwirtschaft und hochgradige Korruption. Gerade im Süden des Landes führten ihm beide Zielrichtungen seiner Agitation zahlreiche Mitglieder und Wähler zu: Der MSI war über Jahrzehnte die am stärksten verankerte rechtsextreme Partei in Westeuropa. Seine Wahlresultate oszillierten seit 1953 um 5% (mit der Spitze von 8,7% 1972); in bestimmten Zonen aber (Rom, Neapel, Sizilien) erreichten die Faschisten auch Werte von 15-20% (Rosenbaum 1975).

Von Anfang an belastet durch den vom Mussolini-Regime ererbten Gegensatz zwischen dem "fascismo movimento" und dem "fascismo-regime", zwischen dem revolutionär, sozial, republikanisch auftretenden Bewegungsfaschismus der frühen Jahre wie auch der "Republik von Salò" (1943-45) und dem rechtskonvervativen, elitenverbündeten, monarchischen Regimefaschismus, sah der MSI im Lauf seiner Geschichte mehrfach heftige innere Auseinandersetzungen über die Linie der Partei, die wiederholt zu Wechseln an der Spitze und zu strategischen Wendungen führten. Nie aber spielte in den innerparteilichen Auseinandersetzungen der Rassismus als mögliche Parteiideologie eine Rolle; angesichts der Geschichte des Faschismus in Italien wie auch des äußerst geringen Gewichts von Ausländern, von ethnischen oder religiösen Minderheiten kann dies nicht überraschen.

Die Situation veränderte sich jedoch zu Beginn der 80er Jahre. Noch in den siebziger Jahren hatte der MSI vom Erstarken der militanten Gewerkschaften und der (im westlichen Lager mächtigsten) Kommunistischen Partei profitieren können, indem er Bedrohungsängste im rechtskonservativen Spektrum der Wählerschaft mobilisierte. Die von der KPI eingeschlagene Politik der Mäßigung - deren außenpolitische Seite die im Bruch von 1981 kulminierende Distanzierung von Moskau war, während sie innenpolitisch ihren Niederschlag in der kommunistischen Stützung einer christdemokratischen Minderheitsregierung von 1976 bis 1979 fand - entzog jedoch dieser Linie zunehmend die Grundlage. Vollends hinfällig wurde die faschistische "Bollwerk"-Funktion, da die KPI von 1979 an in eine Phase kontinuierlichen Niedergangs eintrat, da die vordem mächtigen Gewerkschaften sich gespalten und geschwächt präsentierten und da der bedrohliche Linksterrorismus der "Roten Brigaden" nach 1980 vom Staat (mit Unterstützung der KPI) besiegt wurde.

Die innenpolitische Depolarisierung hinterließ auch auf der extremen Rechten ihre Spuren. In den 80er Jahren verlor der MSI drastisch an Mitgliedern, und er mußte ein Viertel seiner Ortsvereine schließen (Tassani 1989; Ignazi 1989). Brachten die Parlamentswahlen von 1983 noch zufriedenstellende Resultate, so setzte 1987 auch der elektorale Niedergang ein (Ignazi 1989). Nicht nur in dieser nationalen Wahl, auch in regionalen und lokalen Urnengängen büßten die Neofaschisten von Mal zu Mal Stimmen ein, um bei den landesweiten Administrativwahlen von 1990 mit 3,9 % den Tiefpunkt ihrer Parteigeschichte zu erreichen. Die Partei, der ihr Feind abhanden gekommen war, kämpfte genauso wie die KPI mit einer manifesten Identitätskrise.

In dieser Situation mußte die Möglichkeit, in den Zuwanderern eine neue Bedrohung zu identifizieren, aus zwei Gründen verlockend erscheinen. Zum einen wurde von vielen Italienern die Immigration als Problem wahrgenommen, und zum anderen errangen gerade in jenen Jahren fremdenfeindliche Listen wie Le Pens Front National, Schön-

hubers Republikaner oder Haiders FPÖ deutliche Erfolge: Während die italienischen Neofaschisten Stimmen einbüßten, waren in Europa jene rechtsextremen Parteien auf dem Vormarsch, die die Einwanderungsfrage ins Zentrum ihrer Agitation rückten. Eine Wende in diese Richtung mußte dem MSI schließlich insofern attraktiv erscheinen, als von 1987 an immer wieder lokale Bürgerproteste aufflackerten, die sich gegen Immigranten richteten, und als die neofaschistische Partei diejenige Kraft war, deren Anhängerschaft am stärksten fremdenfeindliche Positionen bezog: Nach einer 1989 in Mailand durchgeführten Erhebung des Osservatorio Politico Italiano waren 19,7 % der Grundgesamtheit, aber 45,2 % der MSI-Wähler der Auffassung, in ihrer Provinz lebten zuviele Ausländer (Biorcio 1991, 63).

Nachdem 1987 der junge Gianfranco Fini Giorgio Almirante an der Parteispitze abgelöst hatte, schien es zunächst so, als wolle sich der MIS verstärkt als ausländerfeindliche Kraft profilieren. Fini empfing Le Pen zu einer gemeinsamen Kundgebung in Rom (Tassani 1989, 167); und in einem Zeitungsinterview erklärte er:

> "Wir fordern, daß diejenigen, die keine Aufenthaltserlaubnis haben, sofort nach Hause geschickt werden. Was wir vertreten, ist nicht Rassismus, sondern die schlichte Verteidigung der Gesundheit und der Sicherheit des Landes. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß AIDS-Ansteckungen massiv unter der Bevölkerung afrikanischen Ursprungs vertreten sind. Ebenfalls ist es für niemanden ein Geheimnis, daß die Arbeitslosigkeit ein guter Nährboden ist, um der Versuchung des schnellen Geldes, etwa durch den Handel mit Heroin und Kokain, zu erliegen." (Epoca, 1.5.1988)

Doch aus diesen Stellungnahmen - die ja durchaus nicht den Rahmen dessen sprengen, was in anderen europäischen Staaten Politiker demokratischer Parteien vertreten haben - wurden keine nationalen Kampagnen der Partei, auch dann nicht, als etwa im Sommer 1988 oder im Sommer 1989 das Thema Immigration im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stand. Endgültig verzichtete der MSI auf die Ausspielung der rassistischen Karte, als im Januar 1990 Pino Rauti, Finis innerparteilicher Gegenspieler, die Parteispitze erklomm.

Rauti gab sein Debut auf dem Feld der Ausländerpolitik nach den Ausschreitungen vom Karneval 1990 in Florenz. Er hielt in der Stadt eine Pressekonferenz, auf der er erklärte:

> "Die Aggression gegen die Immigranten, der Schlägerangriff vom Karneval ist (vom MSI, M. B.) sofort und scharf verurteilt worden. ... eine rassistische Kampagne mag zu Wahlerfolgen führen, aber sie löst gewiß nicht das Problem. Außerdem ist der Rassismus nicht Teil unserer Kultur. Wir sind gegen jegliche Form der Intoleranz." (Zit. nach Manconi 1990a, 58) Schon zwei Jahre vorher hatte Rauti dargelegt: "Le Pen ist nicht exportierbar, und wir als Rechte dürfen nicht in den Irrtum des Rassismus verfallen ... Wir müssen unsere Systeme gesellschaftlichen Schutzes auf diese Personen (die Immigranten, M. B.) ausdehnen." (Il Manifesto, 7.5.1988)

Auch als die Parteiführung Mitte 1991 wieder an Fini fiel, blieb der MSI bei seinem weitgehenden Verzicht auf die politische Ausbeutung der Zuwanderungsfrage. Es erscheint aber gewagt, den Grund dafür darin zu sehen, daß "der MSI im Gegensatz zu

den anderen Parteien der europäischen extremen Rechten den Rassismus entschieden ablehnt" (Ignazi 1994, 183). Ignazi (1989, 352) selbst berichtet von dem hohen Zustimmungswert (72,1 %), den unter MSI-Parteitagsdelegierten 1987 die Forderung erreichte, arbeitslose Zuwanderer seien sofort heimzuschicken. Und wenn die nationale Parteispitze sich mit xenophoben Kampagnen zurückhielt, ließ sie doch MSI-Politiker gewähren, die in lokalen Konflikten Stimmung gegen Immigranten machten (vgl. Manconi 1990; Manconi 1990a, 58f.).

Der Grund für die überraschende Zurückhaltung der Neofaschisten ist ein anderer als der von Ignazi vermutete. Sowohl die in der Tradition des *fascismo-regime* stehende Strömung Finis als auch die sich auf den *fascismo-movimento* berufende Strömung Rautis schlugen zur Überwindung der Krise des MSI Strategien vor, innerhalb derer die offensive Vertretung ausländerfeindlicher Positionen kontraproduktiv gewesen wäre (Manconi 1990, 33ff.).

Fini verfocht die Öffnung des MSI hin zu den konservativen Strömungen, die eine Ablösung des parlamentarischen Regimes und der "partitocrazia" durch ein Präsidialregime anstrebten. Um ihnen gegenüber bündnisfähig zu werden, mußte der MSI aus der faschistischen Ecke herauszukommen suchen, als gemäßigte Kraft auftreten und jeden Anschein vermeiden, er vertrete extremistische Positionen. Erste Erfolge in dieser Richtung hatte die Partei von 1983 an erzielt (Tassani 1989, 154ff.; Ignazi 1994, 180ff.). Massive Kampagnen gegen Ausländer konnten diesen Versuch, als Partner im politischen Dialog auch von demokratischen Kräften anerkannt zu werden, nur stören.

Eine ganz andere Strategie verfocht Pino Rauti. Unter dem Einfluß der französischen *nouvelle droite* forderte er, die gesamte Ausrichtung der Partei auf das rechtskonservative Spektrum aufzugeben, ja auf die Selbstcharakterisierung als Rechte zu verzichten. Stattdessen gelte es, in das von den Linken hinterlassene Vakuum zu stoßen, die Linke als Vertreterin gesellschaftlichen Protestes zu beerben. In diesem Kampf der Unterprivilegierten gegen den Triumph des Konsumismus, des Kapitals, der USA galten Rauti in einer faschistischen Version des *tiersmondisme* die Immigranten als Verbündete, nicht als Gegner (Tassani 1989, 163ff.; Ignazi 1994, 182ff.). Es war aber weniger seine häretische, letztlich minoritäre Position, die für den Kurs des MSI ausschlaggebend war, sondern Finis Linie. Daß Gianfranco Fini von 1991 an nicht mehr mit fremdenfeindlichen Ausfällen hervortrat, verdankte sich dem Erfolg seiner Strategie: Er war der erste faschistische Parteichef, der bei einem Staatspräsidenten ein- und ausging, bei dem 1985-92 amtierenden Cossiga. Cossiga war 1991 zu plötzlicher Popularität gelangt, als er sich mit heftigen Ausfällen gegen die Parteien an die Spitze des präsidentialistischen Lagers gestellt hatte - und Fini wiederum wurde durch Cossiga als Partner in diesem Lager legitimiert.

Angesichts dieses Erfolges, der erstmals seit 1946 den Ausbruch aus dem faschistischen Ghetto der Koalitionsunfähigkeit verhieß, war der Verzicht auf fremdenfeindliche Agitation in der Partei leicht durchsetzbar. Selbst daß der MSI das Feld der Ausländerfeindlichkeit damit einer neuen Kraft, den Ligen überließ, erschien als Preis nicht zu hoch.

5.2 Die Lega Nord

Mitte der 80er Jahre traten mit den "Ligen" in den norditalienischen Regionen Venetien, Lombardei und Piemont neue Listen zu den Wahlen an, die mit ihren regionalistischen Losungen schnell Erfolge erzielten, obwohl sie sowohl hinsichtlich ihrer programmatischen Ausrichtung als auch ihres (in der Regel politisch unerfahrenen) Personals gleichsam aus dem Nichts kamen. Zunächst bloß mit der Forderung größerer Autonomierechte für ihre jeweilige Heimatregion, dann mit dem Ziel, den gesamten italienischen Staat einem föderalistischen Umbau zu unterziehen, erreichten sie fast aus dem Stand (in Venetien 1983, in der Lombardei 1987) regional über 3 % und entsandten die ersten Abgeordneten nach Rom. Der Lega Lombarda, der stärksten der Ligen um ihren charismatischen Führer Umberto Bossi, gelang es, bei jedem der folgenden Urnengänge (Kommunal- und Provinzwahlen) deutliche Gewinne zu realisieren, bis die Europawahl von 1989 den Durchbruch brachte: in der Lombardei erzielte die Lega gut 8 %. Unter dem Eindruck dieses Erfolges gelang es Bossi, die verschiedenen Ligen in der Lega Nord zu einen und bei den Regionalwahlen vom Mai 1990 ein Ergebnis zu erreichen, das das nach 1945 gewachsene Parteiensystem erschütterte: in der Lombardei gewann die Lega Nord 18,7 %, in Veneto 5,9 %, im Piemont 5,1 % und in Ligurien 6,1 % (Diamanti 1993; De Luna 1994a; Vimercati 1990).

Es mag überraschen, wenn hier eine regionalitisch-föderalistische Partei als möglicher politischer Unternehmer des Rassismus figuriert, eine Partei zudem, die den Faschismus wegen seines Nationalismus und seiner Fixierung auf einen starken Zentralstaat strikt ablehnt und seit ihrem Entstehen den MSI zu ihrem schärfsten Gegner erklärt hat. Doch wenn die Weiterentwicklung der Faschisten zu politischen Unternehmern des Rassismus möglich schien, weil die faschistische Doktrin immer schon jedweden innergesellschaftlichen Konflikt durch das Schema Nation - Feinde der Nation hindurch interpretiert, weil deshalb eine Ethnisierung sozialer Konflikte ohne jeden Bruch vollziehbar ist, waren die Ligen schon im Ausgangspunkt Kräfte, die ihre *raison d'etre* aus der Ethnisierung gesellschaftlicher Gegensätze bezogen. Mehr noch: die Ligen waren von ihrer Geburtsstunde an politische Unternehmer des Rassismus, wenn auch nicht einer nach außen, gegen die "extracomunitari" gewendeten Fremdenfeindlichkeit, sondern eines inneritalienischen Rassismus (Moioli 1990).

Rassistische Stereotype der Nord- gegen die Süditaliener haben eine lange Geschichte; sie kreisten und kreisen um die Entgegensetzung eines reichen, "europäischen", entwickelten und arbeitsamen Nordens und eines armen, "afrikanischen", unterentwickelten, mafiösen und arbeitsscheuen Südens (Lepre 1994). Noch 1984 vertraten in einer Erhebung 35,2 % der Befragten in der Lombardei die Auffassung, der Region würde es besser gehen, wenn keine zugewanderten Süditaliener in ihr lebten, und 25,2 % bejahten die Aussage: "Es ist sehr schwer, sich gut mit einem Süditaliener zu verstehen." (Biorcio 1991, 59) Seit der nationalen Einigung (1860) war dieser inneritalienische Rassismus jedoch immer vorpolitisch geblieben, hatte er nie zu einer Strukturisierung des Parteiensystems entlang regionaler Linien geführt. Und wenn auch das relative Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd erhalten geblieben war, schien doch die nationale Integration mit der Nachkriegsentwicklung beachtliche Fortschritte gemacht zu haben. Die Millionen in die Industriestädte des Nordens gewanderten Süditaliener wurden weitgehend integriert, in den 80er Jahren sprach die große Mehrheit des Volkes nicht mehr Dialekt, sondern italienisch, der vordem infrastrukturell gering erschlossene Mezzogiorno war nun durch moderne Verkehrs- und Kommunikationssysteme mit dem übrigen Italien verbunden, der hohe Zufluß staatlicher Transfers ermöglichte trotz des produktiven Gefälles zwischen den Landesteilen eine Angleichung von Lebensstilen und Konsumgewohnheiten (Bevilacqua 1993, 111ff.).

Aber gerade diese Politik, mittels derer die Regierungsparteien die scheinbare Integration des Mezzogiorno zuwege brachten, mußte sich selbst auf Dauer die ökonomischen und legitimatorischen Grundlagen entziehen: Statt die produktiven Grundlagen des Südens auszubauen und eine selbsttragende Entwicklung in Gang zu setzen, alimentierten Christdemokraten und Sozialisten über ihre Klientelnetze unproduktive Einkommen. Konnten die Kosten dieser Politik zunächst dank staatlicher Verschuldung verdeckt werden, so gerieten die öffentlichen Haushalte von den 80er Jahren an in die Schuldenspirale. Kontinuierlich steigende Steuern und Abgaben schufen weitreichenden Unmut über die trotz wachsender Belastungen mediokren staatlichen Dienste. Schon aufgrund der über den Staatshaushalt bewerkstelligten Umverteilung des Reichtums zwischen Nord und Süd ließ sich der Unmut regionalistisch wenden; dieses Moment wurde dadurch verstärkt, daß der Staat seinen Bürgern im Norden oft im wahrsten Sinn des Wortes mit einem süditalienischen Gesicht gegenübertrat: Aufgrund der geringeren privaten Beschäftigungsmöglichkeiten strömten Süditaliener stark überproportional in den öffentlichen Dienst (Sales 1993; Trigilia 1992; Leonardi/Kovacs 1993, 132).

Es war deshalb der Lega Nord ein leichtes, die wachsende Unzufriedenheit im Norden zu einem anti-etatistischen Regionalpopulismus zu bündeln, in dem die "alten" Parteien, der Zentralstaat und der Süden des Landes zu einem einzigen Gegner verschwammen. Die Lega ethnisierte dabei den gesellschaftlichen Konflikt insofern, als ihr "die Südita-

liener" zu den Verantwortlichen jeder Misere wurden: Sie kontrollierten angeblich Parteien und Zentralregierung, und sie hatten so den Hebel in der Hand, um sich vom Norden aushalten zu lassen. Innerhalb der Bevölkerung des Nordens wiederum sah Umberto Bossi gar keine Konflikte: Geeint von ihrem Arbeitsfleiß, wurden Lombarden und andere 'Nord-Völker' nur von den parasitären Wesenheiten Zentralstaat/Süden daran gehindert, die Früchte ihres Schaffens zu genießen (Donegà 1994, 122). Entsprechend sahen die politischen Vorschläge der Lega aus: "lombardisch", später "norditalienisch" mußte jedwede staatliche Institution werden, um welches Problem auch immer zu lösen. Schule, Justiz, Renten, Gesundheitswesen, Steuern - waren sie erst dem Zentralstaat entzogen, war das Problem beseitigt. Die Lega Nord definierte so eine neue Solidarität der produktiven Norditaliener, um andererseits entsolidarisierend den Süden des Landes auszugrenzen (Diamanti 1993, 55ff.; Allievi 1991, 14ff.; Poggio 1993; Poggio 1994, 164ff.).

Gar nicht im Visier der Ligen waren dagegen zunächst die Immigranten. Im Gegenteil - Bossi zog sie heran, um zu illustrieren, welche Gefahr im Kontrast zu ihnen von den Süditalienern ausgehe: "Die Neger sind mir sympathisch. Sie können uns nicht hegemonisieren. Die Süditaliener dagegen können das, denn sie haben den Staat in ihren Händen." (La Repubblica, 2.9.1988) Folgerichtig spielte die Immigration weder im Programm noch in der politischen Agitation der Lega Nord bis zu den Europawahlen 1989 irgendeine Rolle (Vimercati 1990, 88). Dennoch war Bossis Entgegensetzung der "Neger" und der "Süditaliener" mehr vordergründig als real. Die Lega hatte programmatisch einen Gegensatz geschaffen, in dem vorerst konkret Nord- und Süditaliener gegenüberstehen mochten, der aber abstrakt von der Konfrontation des 'wir' der produktiven Gemeinschaft der Norditaliener und des 'sie' der außerhalb dieser Gemeinschaft stehenden lebte: "Die politische Identität der Lega ist ausschließlich auf der Entgegensetzung von *ego* und *alter* errichtet", bemerkt Manconi (1990, 44). In dieses "alter" fügten sich Ausländer logisch ebensogut wie der Mezzogiorno; und es bedurfte nur der verstärkten Präsenz von "extracomunitari" und in deren Gefolge der Verstärkung ausländerfeindlicher Einstellungen unter den Wählern, damit die Lega von ihrer ursprünglichen Unterscheidung Abstand nahm. Wiederum Manconi (1990, 43f.) unterstreicht, daß das Fehlen jeder Tradition und "die Abwesenheit systematischer ideologischer Bezugspunkte, aber auch einer kohärenten Kultur und Programmatik" der legistischen Bewegung eine "außerordentlich hohe Rezeptivität" für Stimmungsschwünge in der Wählerschaft verleiht. Und gerade unter Anhängern der Lega erreichte der Anteil der den Immigranten ablehnend gesonnenen Werte, die nur von den Wählern der MSI übertroffen wurden: Laut der schon zitierten Umfrage des Osservatorio Politico Italiano konnten Ende 1989 42,1 % des Elektorats der Lega als fremdenfeindlich eingestuft werden (Biorcio 1991,63).

Die Lega Nord vollzog ihren Schwenk im Herbst 1989, als die Einwanderungsfrage auch aufgrund intensiver Medienberichterstattung massiv ins öffentliche Bewußtsein gedrungen war. Nun waren die "Neger" nicht mehr "sympathisch", sondern ihrerseits für eine Vielzahl gesellschaftlicher Übel verantwortlich, während die Süditaliener in der legistischen Propaganda an Bedeutung verloren. Bossi erklärte, warum ein "ethnisch homogenes Volk" von Vorteil sei:

> "Die gesellschaftliche Moral gebietet uns, den Erfordernissen des Negers, des Gelben (sic!), des Indio Aufmerksamkeiten zu schenken. ohne uns aber deshalb in den lebensfeindlichen Strudeln des *melting pot* aufzulösen. Die multiethnische und multirassische Gesellschaft ist mithin eine Gesellschaft, die ihrer Natur nach gegen den Menschen ist ... Da sie die ethnische Identität zerstört, provoziert sie den Niedergang der Moral, mithin der Solidarität ... Die Gesellschaft löst sich auf und bringt die pathologischen Verhaltensweisen der Homosexualität, der jugendlichen Devianz, des Drogenkonsums hervor, wodurch die psychologischen Voraussetzungen geschaffen werden, die zum Beispiel die Sterilität fördern, weshalb keine Kinder mehr geboren werden. In anderen Worten: Die 'deviante', asoziale, egoistische Gesellschaft wird zur Realität." (Zit. nach Moioli 1990, 91)

> "Die Immigration ist gefährlich für die Demokratie, sie löst den gesellschaftlichen Körper auf und schafft soziale Spannungen, die zu einem Rechtsruck führen können." (Zit. nach Fusella 1993, 54)

Die Süditaliener wurden als Feinde der Liga nicht nur durch die extracomunitari auf die zweite Stelle verdrängt; die Feindschaft gegen den "anderen" erfuhr darüber auch eine Radikalisierung. Denn die bisherige legistische Gegnerschaft gegen die "terroni" aus dem Mezzogiorno hatte nicht so sehr den nach Norden Emigrierten gegolten - ihnen gestand die Lega die Möglichkeit zu, nach fünfjährigem Aufenthalt als echte "Lombarden" anerkannt zu werden -, sondern den im Süden Gebliebenen, die in den Augen der Lega von ungerechtfertigten Staatstransfers profitierten. Auf dem Feld des inneritalienischen Rassismus hatte die Lega deshalb nie die Möglichkeit der Integration von Süditalienern in die norditalienische Gesellschaft bestritten. Eben dies tat sie nun gegenüber den Zuwanderern aus der Dritten Welt. Auf dem Kongreß der Lega Lombarda führte Bossi im Dezember 1989 aus:

> Die Assimilierung "kann nicht für die farbigen Einwanderer gelten, deren Integration nicht absehbar ist, womöglich nicht einmal im Abstand von Jahrhunderten. Mit ihnen funktionieren die klassischen Mechanismen der sozialen Integration nicht, die in der Heirat und in gemeinsamen Kindern bestehen ..." (Zit. nach Balbo/Manconi 1992, 84).

Daß die Lega dennoch weniger mit einer biologischen Hierarchie zwischen den "Rassen" argumentierte als mit der Notwendigkeit, deren jeweilige kulturelle Eigenart zu verteidigen (Poggio 1994, 138), läßt sich innerhalb der legistischen Doktrin genauso feststellen wie der Tatbestand, daß die Lega einen "Status-Rassismus" (De Luna 1994, 59) vertritt. Mehr noch: bei der Lega fallen beide Momente insofern in singulärer Weise ineins, als sie den Status zur kulturellen Eigenart erklärt, die "Ethik der Arbeit" zum "charakteristischen Erbgut ... unserer Völker Norditaliens" (Bossi/Vimercati 1992, 160) deklariert und als "Werte unserer Kultur die Werte der harten Arbeit, des Opfergeistes,

der Sparsamkeit" aufführt (Zit. nach Poggio 1994, 159) und deshalb ganz offen einen Rassismus der Reichen vertreten kann (Moroni 1993, 17): Die "Gesellschaft der Produzenten" (Bossi/Vimercati 1992, 107) hat keinen Platz für die Immigranten, da "man zuerst mit dem eigenen Volk, mit den eigenen Leuten solidarisch sein muß" (ebda, 144).

Gegen den "faschistischen Versuch, uns mit der Immigration zu zersetzen", forderte deshalb Franco Rocchetta, Chef der Liga Veneta, in bester faschistischer Diktion "eine organische Gesellschaft, nicht ein Mischmasch feindlicher Kräfte", und äußerte Verständnis für einen der Lega angehörenden Arbeiter, der sich geweigert hatte, mit einem Immigranten zusammenzuarbeiten (La Repubblica, 1.6.1990). Und Bossi teilte sein Ideal eines ausländerfreien Italien folgendermaßen mit: "Mailand darf nicht New York gleichen. Besser das japanische Modell. Es ist menschlicher." (ebda)

Die Parteispitze der Lega nahm damit Positionen ein, die in Inhalt und Sprache bis zum offenen Rassismus gingen - ein Lega-Vertreter berichtete im Fernsehen von einem "Jungen, auf den ein Marokkaner ein Auge geworfen hatte, und der seinen Hintern nur retten konnte, weil er schneller lief" (Zit. nach Ottomani 1992, 92f.). Und anders als der neofaschistische MSI, dessen Parteiführung sich auf dem Feld der Immigration passiv verhielt, konzentrierte die Lega für einige Monate ihre Kampagnen auf dieses Thema. Daniele Vimercati, der Lega nahestehender Journalist, beschreibt deren Politik in einem gemeinsam mit Bossi geschriebenen Buch:

> "Das Nein zur zügellosen Einwanderung ist eines der Hauptthemen der Lega ... Die Bewegung widmet sich ihm voller Ungestüm, indem sie jedes Viertel oder Dorf verteidigt, das von einem schwarzen Ghetto 'kontaminiert' ist. Die Lega hat die Kampagne zur Zwangsimpfung (der Immigranten, M. B.) lanciert und schickt jede Woche ihre Emissäre in die heißen Viertel, um Ratschläge und 'lombardische Solidarität' zu übermitteln. Das eine oder andere Mal hat der Senator selbst (Bossi, M. B.) die Nacht zusammen mit Anwohnern verbracht, die eines der in Zentren der Delinquenz verwandelten Immigrantenghettos belagerten." (Bossi/Vimercati 1992, 142)

Was in dieser Schilderung fast heroische Züge annimmt, war eine Agitation, in der die Lega die Lepra, AIDS, Syphilis und Tuberkulose beschwor, in der sie Petitionen gegen angeblich die Gesundheitsstationen überfüllende Schwarze einreichte, in der lombardische Regionalräte für extracomunitari eine Zusatzabgabe zur KFZ-Steuer proportional zur Entfernung des Heimatlandes von Italien beantragten, in der die Italiener vor der Gefahr, "kolonisiert zu werden", gewarnt wurden oder "die Politik der islamischen Kolonisierung, die den extracomunitari alles gewähren will", angeklagt wurde oder aber gefordert wurde, doch die Sitze der traditionellen Parteien in Aufnahmezentren für Immigranten umzuwidmen. Mit Gleichungen wie "Lex Martelli: mehr Einwanderung = mehr Diebstähle = mehr Gewalt, mehr Angst" oder unter dem Spruch "Die Augen der Italiener sind noch nicht an die Schwarzen gewöhnt" grenzte Bossi sich von "den wahren Rassisten" ab: "Der Schwarze ist nicht ein etwas dunklerer Weißer und umgekehrt: sie

sind verschieden. ... Die wahren Rassisten sind die, die so tun, als wüßten sie nicht, daß die Weißen nicht schwarz sind." (Vgl. Moioli 1991, 172ff.)

Die Lega Nord verfügte also 1990 über eine fremdenfeindliche Orientierung, die sie an die Seite der xenophoben Parteien Frankreichs, Deutschlands, Österreichs oder Belgiens stellte. Die Wähler honorierten ihrerseits den legistischen Rassismus, während sie dem zurückhaltenden MSI Stimmen entzogen: Die Lega erzielte 1990 bei den Regionalwahlen in der Lombardei 18,9 %, der MSI ganze 2,5 %. Schließlich stand seit Anfang 1990 mit der Lex Martelli die zukünftige Ausländerpolitik des Landes zur Debatte - es sprach damit alles dafür, daß die Lega endgültig zum politischen Unternehmer des Rassismus wurde und die Zuwanderungsfrage auch in Italien zum Vehikel des Aufstiegs einer rechtsgerichteten Partei würde.

5.3 Die Reaktion der Lega Nord auf die Lex Martelli

Betrachtete man allein den Text der Lex Martelli, so müßte man vermuten, das Gesetz habe - weit entfernt, den Spielraum für politische Unternehmer des Rassismus zu vergrößern - einer Ausbeutung der Einwanderungsfrage durch die Lega die Grundlage entzogen. Denn dem Reden von der "programmierten Einwanderung" zum Trotz kodifizierte es eine Politik der Abschottung, wie Claudio Martelli selbst kundtat:

> "Es ist zur Regel gemacht worden, daß nicht nach Italien einreisen kann, wer nicht über die Garantie eines Arbeitsplatzes und einer Unterkunft verfügt." (Zit. nach Manconi 1990a, 56)

Wenn Umberto Bossi das Gesetz dennoch unverhohlen als "das größte Geschenk für die Lega" (Zit. nach Ottomani 1992, 109) feierte, so hatte dies zwei Gründe. Erstens präsentierten Medien und Parteien die Lex Martelli der Öffentlichkeit vor allem als Versuch, den schon im Landes lebenden Immigranten die Chance zur Legalisierung zu eröffnen. Wochenlang liefen im Fernsehen an die extracomunitari gerichtete Spots der Regierung, die dazu aufriefen, von der neuen Möglichkeit Gebrauch zu machen. Und die Medien brachten Bilder von den langen Schlangen der Einwanderer, die sich vor den Polizeipräsidien formierten, in jeden Haushalt.

Zweitens wurde die Lex Martelli im Konsens zwischen Regierung und kommunistischer Opposition verabschiedet. Da innerhalb des Regierungslagers nur die 3 %-Partei der Republikaner Vorbehalte anmeldete - Vorbehalte zudem, die das Bild vom ausländerfreundlichen Gesetz verstärkten -, ergab sich eine Konstellation, die sich vollkommen in die Strategie der Lega fügte. Seit ihrer Gründung vertrat sie den Standpunkt, *alle* traditionellen politischen Kräfte säßen als Vertreter des bürgerfernen Zentralstaates und der klientelistischen 'partitocrazia' in einem Boot und seien in allen wichtigen Fragen geeint. Nahrung erhielt diese Theorie gerade auf dem Feld der Ausländerpolitik daher,

daß hier die Christdemokraten als stärkste Regierungspartei und die Kommunisten, die ideologisch in den solidaristischen Kulturen des Katholizismus und des Marxismus wurzelten, auf Anklänge an rassistische Stimmungen in der Wählerschaft verzichteten, während die Lega tatsächlich bis in den Duktus hinein sehr 'bürgernah' jedes Ressentiment aufnahm. (Woods 1992, 285f.)

So ließ Umberto Bossi von Jahresanfang 1990 an keine Gelegenheit aus, die Lex Martelli als ungerechtfertigtes Geschenk an die extracomunitari und als Angriff auf italienische Interessen zu geißeln, wobei ihm die liberale Praxis der Legalisierung der schon im Land Lebenden entgegenkam:

> "Es bedarf einer klaren und energischen Regie, die von einer Stadt aus (Mailand, M. B.), die an der vordersten Front der Einwanderung aus der Dritten Welt steht, auch die Regierung zu einer klaren Linie über das Martelli-Gesetz hinaus zwingt. Wir sind für einen Stop, ... lassen wir es doch bleiben, die Keule des Pietismus zu schwingen. Ist das der katholische Solidarismus? Erst diese Armen hereinlassen und dann die Augen schließen und sie ihrem Elend überlassen, sie praktisch in die Prostitution zwingen?" (La Repubblica, 4.3.1990)

Die Lega opponierte zunächst im Parlament, schenkte dem Thema aber auch nach der Verabschiedung des Gesetzes im März 1990 weiter hohe Aufmerksamkeit. Die von der italienischen Verfassung vorgesehene Möglichkeit des Referendums bzw. der Einbringung von Gesetzesvorschlägen durch Volksinitiative (bei 50.000 Unterschriften) bot ihr Gelegenheit dazu. Kaum hatte die Lex Martelli das Parlament passiert, begann die Lega Nord in ihrer Zeitung "Lombardia Autonomista" mit der Kampagne zu dessen Abschaffung: In *jeder* Nummer fanden sich in den folgenden Monaten Artikel, die zur Sammlung der für die Einbringung eines Gesetzes notwendigen 50.000 Unterschriften aufriefen (Allievi 1992, 67). Im September 1990 beantragte die Lega schließlich die Einleitung der Prozedur für ein Volksreferendum (Balbo/Manconi 1992, 87).

An der Referendumskampagne mußte sich entscheiden, ob die Lega definitiv den Übergang zur "Rassistischen Partei" (Balbo/Manconi 1992, 82) vollzog, denn Referenden hatten in Italien hoch polarisierenden Charakter und bestimmten zudem über Monate die politische Auseinandersetzung: Schon zur Sammlung der zur Einbringung einer Volksabstimmung notwendigen 500.000 Unterschriften standen der vorschlagenden Bewegung sechs Monate zur Verfügung, an die sich erst die eigentliche Kampagne anschloß. Gerade eine neue politische Kraft wie die Lega Nord - damals erst mit einem Abgeordneten und einem Senator in den beiden Häusern des Parlaments vertreten - wäre notwendig in den Augen der Wählerschaft zur xenophoben Ein-Punkt-Bewegung geworden, umso mehr, als sie in dieser Frage allein gegen das gesamte Spektrum der traditionellen Parteien stand.

Aus von ihr selbst nie dargelegten Gründen aber schritt die Lega schließlich doch nicht zum Referendum, sondern beließ es dabei, mit ihm als "Damoklesschwert über den

Köpfen der Parteien" (Bossi/Vimercati 1992, 146) zu drohen. Der Hinweis auf ihre organisatorische Schwäche als Motiv des Schwenks (Balbo/Manconi 1992, 87) ist wenig befriedigend; schon Balbos/Manconis Reden von einem "Mißerfolg" der Lega überzeugt nicht. Denn abgesehen von den regelmäßigen Artikeln im Zentralorgan der Lega war eine Referendums-Kampagne der Partei, die schließlich gescheitert wäre, gar nicht auszumachen. Weiter führt der Hinweis von Balbo/Manconi (1992, 86), daß "die Fremdenfeindlichkeit noch nicht das Zentrum des politischen Programms der Lega (konstituierte)". Die Lega wollte das Thema Immigration offenbar zu zweierlei nutzen:

- zur Stärkung der Identität ihrer Anhängerschaft in der Entgegensetzung von norditalienischem "ego" und "alter" (nicht aber zur Reduzierung der legistischen Identität auf den spezifischen Gegensatz gegen die Immigranten);

- zu einer Agitation, die (wie auch auf anderen Feldern) die Immigranten nutzte, um das Versagen des Zentralstaats zu demonstrieren, der also der eigentliche Gegner blieb.

Für eine solche Interpretation spricht, daß die Lega das Thema Immigration aufgriff, als es Medien und Politik beschäftigte, ihm aber sofort weniger Beachtung schenkte, als die öffentliche Aufmerksamkeit zurücktrat, ohne jedoch je eine Abkehr von den einmal eingenommen Positionen zu vollziehen: Wie schon auf dem Feld des anti-süditalienischen Rassismus drosselte sie ihre Agitation zwar drastisch, revidierte ihre Haltung zur Immigration aber nicht. Fremdenfeindlichkeit konnte so additiv Bestandteil der politischen Identität der Legisten werden (und bleiben), ohne daß die legistische Identität sich auf Xenophobie reduziert hätte. Und die Agitation gegen die extracomunitari konnte sich in die umfassendere Gegnerschaft gegen den Parteienstaat fügen: Die Töne der legistischen Stellungnahmen zielten immer darauf, "das kriminelle Projekt des Zentralstaats" zu geißeln, der einen "präzisen Plan autoritärer Macht" verfolgte und die Immigranten als "neue Klienten für die Parteien" ins Land holte (Zit. nach Balbo/Manconi 1992, 84). Allievi (1991, 66f.) kommentiert:

> "... (D)er Einsatz des Argumentes Einwanderung war eher instrumentell als überzeugt, zielte mehr darauf, andere zu schädigen, als ein eigenes Ziel zu verfolgen. Dies legt schon seine 'schubweise' Nutzung nahe ..., aber auch seine Abwesenheit oder fast vollkommene Marginalität in den 'politischen' Momenten der Lega: Parteitagen, bedeutenden symbolischen Momenten ...".

Ein Blick auf das Wahlprogramm der Lega für die Parlamentswahlen vom April 1992 bestätigt Allievis Sicht. In dem Programm kommt ein Stichwort "Immigration" gar nicht vor; die Thematik wird sehr knapp nur unter dem Stichwort "Arbeit" berührt, um erneut einen Zuzugsstop zu fordern. (Vgl. die Zusammenfassung des Programms bei Allievi 1992, 46ff. sowie Bossi/Vimercati 1992, 143ff.)

Der Sonderfall einer rassistisch-rechtspopulistisch orientierten Partei aber, die vom Rassismus zurückhaltenden und instrumentellen Gebrauch machte, verweist weniger auf eine organisatorische Schwäche als auf eine politische Stärke der Lega Nord. Gegenüber der traditionellen Linie der Lega, ohne jede Festlegung auf bestimmte Politikfelder den Unmut der "Gesellschaft der Produzenten" (Bossi/Vimercati 1992, 107) gegen das politische System selbst zu vertreten - und diesem Unmut bloß fallweise zu konkretisieren -, konnte die mit einer langen Referendumskampagne verbundene Fixierung auf die Rolle des politischen Unternehmers des Rassismus nur einen Rückschritt bedeuten; denn anders als die in nördlichen Nachbarländern Italiens erfolgreichen xenophoben Parteien war die Lega nicht darauf angewiesen, sich als fremdenfeindliche Ein-Punkt-Bewegung zu profilieren, sondern konnte die Einwanderungsfrage als ein Feld unter vielen behandeln, auf dem sie den - den eigentlichen Kern ihrer Attraktivität ausmachenden - Angriff gegen die "partitocrazia" vortrug. Diese Zurückhaltung fiel Bossi insofern leicht, als die Lega auf den Nutzen ihrer Fremdenfeindlichkeit nicht verzichten mußte, als - wie Daten über die legistische Wählerschaft zeigen - die fremdenfeindliche Kampagne des Jahres 1990 ebenso eine bleibende identitätsstiftende Wirkung im Anhang der Ligen ausgeübt hatte wie die vorherigen Kampagnen gegen die Süditaliener: als "Quelle sozialer und kultureller Spannungen" identifizierten in einer Erhebung vom Dezember 1992 58 % aller Norditaliener, aber 72 % der Lega-Anhänger die Einwanderer aus der Dritten Welt (Diamanti 1993, 103).

Der breit angelegte, nicht mehr an bestimmte Themen gebundene legistische Angriff auf die traditionellen Parteien aber zeigte, daß sich in Italien zu Beginn der 90er Jahre eine tiefgreifende Legitimationskrise der Ersten Republik anbahnte; der Aufstieg der Lega war deren erster Ausdruck und Katalysator.

6. Italien in der Staatskrise

6.1 Der Auftakt: die Institutionenkrise von 1991/92

Obwohl die 1989 gebildete (und bis 1992 amtierende) Regierung Andreotti, die getragen wurde von Christdemokraten, Sozialisten und drei kleineren Koalitionspartnern, auf dem Papier über eine stattliche parlamentarische Mehrheit verfügte, wurde mit ihrer Formierung der Zusammenbruch der Ersten Republik eingeleitet. Denn nicht erst der Aufschwung der Lega Nord hatte die politische Klasse gelehrt, daß die Legitimationsdefizite der Parteienherrschaft sich vergrößerten: Sinkende Wahlbeteiligung und wachsende Zersplitterung des Parteiensystems in den 80er Jahren zeigten die Entfremdung vieler Wähler vom politischen System (Moioli 1990; Mannheimer 1991, 26ff.). Die Reaktion darauf war eine jahrelange Auseinandersetzung zwischen den Parteien über mögliche Reformen der Verfassung gewesen; angestoßen hatte die Debatte der Sozialist

Bettino Craxi mit seinem Anfang der 80er Jahre vorgeschlagenen Projekt einer Präsidialdemokratie, dem der 1982-89 der DC vorstehende Ciriaco De Mita Überlegungen zur Modifikation des Wahlrechts für das Parlament entgegengestellt hatte. Über dem regierungsinternen Gegensatz zwischen DC und PSI war keine der Reformen auf den Weg gekommen; die Regierungsparteien selbst hatten - über ihre Klientelpolitik, über deren in exorbitanten Staatsschulden sich niederschlagenden Kosten, über den mediokren Output ihrer Koalitionen hinaus - mit der folgenlosen Debatte über die Reform der Verfassung aber die bestehende Ordnung ein Stück weiter delegitimiert (Braun 1994).

Vor diesem Hintergrund festigte 1989 der Sturz De Mitas als Ministerpräsident zugunsten seines Parteifreundes Andreotti zwar auf den ersten Blick die Achse DC-PSI, da nun in der DC die sozialistenfreundlichen Faktionen triumphierten, aber die neue Koalition war nur deshalb stabil, weil sie sich zu vollkommener politischer Immobilität verdammte: DC und PSI mochten sich darauf einigen, die Macht zu teilen und darüber ihren Zugriff auf den Staatsapparat noch zu verstärken, doch sie waren eines output-orientierten Gebrauches ihrer Macht nicht mehr fähig. Ihr einziger Hebel, sich Konsens zu beschaffen, wurde darüber die klientelare Nutzung des Staates - die wiederum an der Schuldenspirale des Staatshaushaltes ihre Grenzen fand.

Es bedurfte deshalb - neben den Erfolgen der Ligen von 1989/90 - nur eines kleinen Anstoßes, um die Legitimationskrise offen ausbrechen zu lassen. Dieser Anstoß erfolgte ausgerechnet aus dem höchsten staatlichen Amt heraus - durch den Staatspräsidenten Francesco Cossiga. Der Christdemokrat Cossiga war im Herbst 1990 aus bis heute nicht geklärten Gründen das Ziel von Attacken geworden, die aus der DC heraus lanciert worden waren; er revanchierte sich, indem er eineinhalb Jahre lang aus dem Präsidentenpalast heraus eine Kampagne gegen die "partitocrazia" führte und sich den sozialistischen Vorschlag einer Präsidialdemokratie zu eigen machte. Weniger seine Angriffe selbst als deren überwältigende Resonanz in der Wählerschaft zeigten, wie tief das Ansehen der Parteien gesunken war; die Unfähigkeit von Regierung und Parlament wiederum, kohärent auf Cossigas oft sein Mandat überschreitende Attacken zu reagieren, veranschaulichte den Verlust der Fähigkeit des Systems, sich entweder selbst zu reformieren oder aber seine gegebene Form als legitim zu verteidigen (Padellaro 1991).

Die Regierungsparteien, die 1989 auch gehofft hatten, angesichts der mit dem Fall der Berliner Mauer manifest ausgebrochenen Identitätskrise der kommunistischen Opposition noch jahrelang ungestört weiterherrschen zu können, sahen sich von einem auf den anderen Tag in der Defensive. Während die DC durch Cossigas Attacken paralysiert war, suchten die Sozialisten die Nähe zum Staatspräsidenten - und schwächten so nur das gerade neugeschlossene Bündnis mit der DC. Im Resultat präsentierte sich die

Regierung vollkommen bewegungsunfähig, unfähig aber auch, die Debatte um die von Cossiga an die Spitze der politische Agenda gesetzte Verfassungsreform zu beenden.

Damit war eine Phase der politischen Auseinandersetzung eingeleitet, in der nicht mehr Politiken, sondern die politische Ordnung selbst zum strittigen Gegenstand wurde - bis hin zur von der Lega aufgeworfenen Frage, ob der italienische Staat weiter Bestand habe solle. Daß die Debatte nun aber nicht von den herrschenden Parteien ausging, sondern ihnen aufgezwungen war, daß sie zudem nicht um spezifische Dysfunktionen bestimmter Verfassungsinstitute kreiste, sondern unter Meinungsführerschaft Cossigas um das Versagen der Parteienherrschaft, dies unterschied sie von der seit 10 Jahren geführten Reformdiskussion und ließ sie als erste Etappe auf dem Zusammenbruch der DC-PSI-Herrschaft erscheinen. Ein deutliches Signal in diese Richtung setzten die Wähler, als sie in einem Referendum vom Juni 1991 mit deutlicher Mehrheit für die Modifikation des bisher proportionalen Wahlrechts zugunsten eines Mehrheitswahlrechts stimmten. Die Regierungsparteien hatten den Vorschlag weitgehend abgelehnt; Promotoren des Referendums waren neben dem DC-Dissidenten Segni vor allem die Ex-Kommunisten (McCarthy 1992).

Lega und MSI hatten zwar gegen das Referendum agitiert, aber gerade für die italienische Rechte vergrößerte sich mit der Staatskrise der Bewegungsspielraum: Sie war von 1991 an der Notwendigkeit enthoben, Unzufriedenheit in der Befassung mit spezifischen Politiken der Regierung zu mobilisieren und zu kanalisieren. Der Lega Nord wie dem MSI eröffnete sich die Chance, sich an die Seite Cossigas zu stellen; in ihrer Verteidigung des Präsidenten mußten sie zudem als der Ersten Republik seit jeher feindliche Parteien weit glaubwürdiger wirken denn die seit 30 Jahren mitregierenden Sozialisten. Beide Parteien schlugen diesen Weg ein und konzentrierten ihre Agitation exklusiv auf die Notwendigkeit, die Mißwirtschaft der Parteiendemokratie zu beenden und an ihre Stelle eine von einem direkt gewählten Präsidenten geführte, starke Exekutive treten zu lassen; die Lega forderte außerdem die Auflösung des Einheitsstaates durch weitgehend autonome Makroregionen.

Die Wähler prämierten in den Parlamentswahlen vom April 1992 gerade die Lega Nord, die mit 8,7 % im nationalen Durchschnitt (und 15 % - 20 % in den nördlichen Regionen) zur viertstärksten Partei wurde, aber auch der MSI konnte sich mit 5,4 % von dem Desaster der Kommunalwahlen von 1990 erholen; die Verluste des Regierungslagers waren damit einseitig der Rechten zugute gekommen.

6.2 "Tangentopoli": der Zusammenbruch der Ersten Republik

Trotz der Angriffe Cossigas, trotz der Referendumsniederlage von 1991 und trotz des Vormarschs der Ligen hatten DC und PSI gehofft, sie könnten sich über die Wahlen von 1992 retten, eine neue Koalition eingehen und mit der im Juli 1992 fälligen Wahl eines Nachfolgers für Cossiga die für sie unseligen Kontroversen beenden. Die Wahlen von 1992 machten dieser Kalkulation einen Strich durch die Rechnung, da die DC 5 Prozentpunkte einbüßte und die Mehrheit der Koalition sich auf wenige Sitze reduzierte - zuwenige, um gegen den parteiinternen Widerstand der DC-Linken das Bündnis DC-PSI um Andreotti und Craxi fortzusetzen.

Daß die Regierung faktisch ihre Mehrheit verloren hatte, öffnete aber vor allem der schon länger ermittelnden Justiz die Möglichkeit, nun massiv mit Korruptionsverfahren gegen sozialistische und christdemokratische Spitzenpolitiker vorzugehen; erst der damit ins Rollen kommende "tangentopoli"-Skandal verwandelte die Legitimitätskrise der Ersten Republik in einen politischen Erdrutsch. Mit Craxi, De Michelis, Martelli, Andreotti, Forlani, Prandini und vielen anderen wurden Parteisekretäre, Minister, ehemalige Regierungschefs wegen Bestechung, Erpressung, Mafia-Kontakten etc. angeklagt (Carlucci 1992; Della Porta 1993; Braun 1994). Allein aus der 1992/93 amtierenden Regierung - der letzten der alten Parteien - mußten sechs Minister wegen der Einleitung von Verfahren zurücktreten. Damit saß die politische Klasse nun auch im wahrsten Sinne des Wortes auf der Anklagebank; die Regierungsparteien traten in eine Phase raschen Niedergangs, an deren Ende das faktische Verschwinden des PSI und die Spaltung der DC stand, aus der der schwache Partito Popolare hervorging (Bellu/Bonsanti 1993; Pansa 1993).

Die parteienfeindliche Propaganda der Lega und des MSI fand in "tangentopoli" eine reiche Bestätigung: Seit der Gründung seiner Bewegung hatte Bossi genauso gegen das "diebische Rom" gewettert, wie der MSI traditionell gegen die korrupte "partitocrazia" agitiert hatte. Daß nun die politische Debatte über das Scheitern der Ersten Republik sich auf die Korruption zusammenzog, interessiert hier aber auch unter einem anderen Gesichtspunkt: Wenn Lega und MSI den Niedergang Italiens, der sich in wachsenden Staatsschulden, steigender Steuerlast, Lirakrise von 1992 und negativen Handelsbilanzen zeigte, auf die Ausplünderung des Staates durch die Parteien zurückführten, dann schufen sie eine Scheinerklärung. Die *Logik* dieser Scheinerklärung aber ist die gleiche, die in anderen europäischen Staaten von rechten Parteien Immigranten gegenüber in Anschlag gebracht wurde: Das Staatsvolk wurde als bestohlen dargestellt, als Opfer parasitärer Kräfte - nur daß in Italien für einige Jahre die politische Klasse die Funktion des Sündenbocks übernahm:

> "...(D)ie Gesellschaft der Produzenten ist aufgebracht, ...sie akzeptiert es nicht mehr, für die politische Klasse und ihre Klienten zu arbeiten, für einen verschwenderischen Staat, der überlebt, indem er seine Bürger verschlingt, so wie Saturn seine Söhne." "Die Lega vertritt den jahrzehntelang ausgepreßten und dieser Situation überdrüssigen, erzüberdrüssigen Norden ... Ohne den Bleiklotz des Zentralstaates am Bein wäre der Norden Italiens das reichste Land Europas, vielleicht der Welt." (Bossi/Vimercati 1992, 130, 136)

Es soll hier nicht argumentiert werden, Italiens Politiker trügen keine Verantwortung; ihre wahre Verantwortung aber lag in der klientelaren Mißwirtschaft, nicht so sehr in der quantitativ kaum das Desaster der Staatsfinanzen begründenden Korruption. Hätte die politische Debatte jedoch um das Klientelsystem gekreist, so hätte die etwa von der Lega praktizierte Entgegensetzung einer produktiven, sauberen Gesellschaft und einer schmutzigen Politik kaum gegriffen. Dieser fiktive Gegensatz half deshalb traditionellen Wählern der Regierungsparteien, ohne Ansehen ihres realen, klientelaren Verhältnisses zur DC und PSI jene Parteien zu Verantwortlichen der Krise zu machen, *ohne* die eigene Nutznießerschaft zu thematisieren.

Wenn aber die herrschenden Politiker *selbst* als Parasiten identifiziert waren, dann brauchte die Lega (und auch der MSI) für das "ego", auf das sie sich berief, als "alter" endgültig keine spezifische soziale oder ethnische Gruppe mehr, dann mußte sie nicht - wie es in Deutschland die Republikaner taten - den Politikern vorwerfen, sie seien dieser als feindlich identifizierten Gruppe gegenüber zu willfährig, sondern konnte sie selbst als feindliches "alter" behandeln.

Während der MSI es bei der Propaganda gegen die alte politische Klasse beließ, hob die Lega den populistischen Gegensatz Politik-Gesellschaft in einer anti-etatistischen Wende auf eine strukturelle Ebene (Poggio 1994, 151). Nun war es nicht mehr der Zentralstaat und auch nicht dessen politisches Personal, die "die Gesellschaft" schädigten. *Jedwede* Intervention der Politik wurde nun für verderblich erklärt. Ob Wirtschaft, ob Soziales, ob Schule - die Lega predigte das exklusive Wirken der Privaten und forderte ein Ende öffentlicher Eingriffe. Diese Linie war insofern populär, als die Regierungen unter dem Druck des gigantischen Schuldenbergs von Jahr zu Jahr den Steuerdruck erhöhten und staatliche Leistungen strichen, Italien nach Jahren klientelarer Geschenke also in eine Phase getreten war, in der der Staat den Bürgern die Kosten dieser Politik aufbürden mußte. Damit nahm der Protest der Liga Züge einer Fiskalrevolte an. Was als Schuldzuweisung an angeblich dem Süden hörige Politiker und als Programm der Entsolidarisierung mit den rückständigen Regionen des Landes seinen Anfang genommen hatte, fand nun seine Vollendung als Schuldzuweisung an die Politik tout court, als Proklamierung einer "tendenziellen Abschaffung der Politik" (Poggio 1994, 151) und als Linie der Entsolidarisierung mit jedweder Gruppe, die sich nicht als Teil der Gemeinschaft der Produzenten selbst zu helfen wußte. Bezeichnend eine Episode vom Kongreß der Lega im Dezember 1993 in Bologna: als der

Bürgermeister der gastgebenden Stadt in seinem Grußwort nur das Wort "Solidarität" aussprach, ging seine Rede im Gebrüll der Delegierten unter, und die Kongreßleitung mußte ihn vor gewaltbereiten Legisten in Sicherheit bringen. Mit dieser Orientierung erzielte die Lega 1993 bei Kommunalwahlen im Norden des Landes Ergebnisse von 40 %; Höhepunkt ihrer Erfolge war im Juni 1993 der Gewinn des Oberbürgermeisterpostens in Mailand bei einem Listenergebnis von über 40%.

Daß sich 1993 in Italien ein dramatischer Rechtsruck vollzog, zeigten aber auch Wahlresultate in der Mitte und im Süden des Landes, wo es der MSI war, der das Zentrum um die alte DC fast völlig verdrängte. In Rom und Neapel gewann im Dezember zwar die Linke die Wahlen, die MSI-Kandidaten für das Bürgermeisteramt (Gianfranco Fini und Alessandra Mussolini - eine Enkelin des Duce) konnten aber über 40 % verbuchen, während der MSI mit gut 30 % in beiden Städten zur stärksten Partei wurde. In den Kommunalwahlkämpfen von 1993 auch wurde die Strategie Gianfranco Finis, durch Mäßigung der Parteilinie gerade auf dem Feld der Einwanderungsfrage die Bündnisfähigkeit des MSI zur bürgerlichen Mitte hin herzustellen, endlich von Erfolg gekrönt: in Rom und Neapel unterstützten wesentliche Teile der auseinanderbrechenden DC nicht die parteieigenen Kandidaten, sondern die Vertreter des MSI, und in einer spektakulären Stellungnahme erklärte Silvio Berlusconi, er stehe an der Seite Finis.

Die Erfolge der Rechten waren aber wiederum nicht Erfolge rassistisch argumentierender Kräfte; in den Kommunalwahlkämpfen hatte die Immigration keine Rolle gespielt, obwohl Rom und Mailand die beiden italienischen Großstädte mit der größten Einwanderungsbevölkerung sind und wiederholt Schauplatz lokaler Konflikte zwischen Italienern und Immigranten waren. Dennoch standen die Erfolge der Rechten dafür, daß signifikante Teile der Wählerschaft die *Logik* einer Argumentation guthießen, die für jedes soziale und politische Problem einen Sündenbock dingfest machte; der Sündenbock waren in Italien allerdings nicht die Ausländer, sondern die Parteien, die Politiker, ja schließlich die Politik, der Staat (Galli della Loggia 1994, 151, 166f.).

Wurde so die Einwanderungsfrage von 1991 bis 1994 vollständig von der politischen Agenda verdrängt, so bedeutete dies andererseits weder, daß sich an der Problemlage etwas geändert hätte, noch, daß die Einstellungen der Italiener zu den Immigranten sich gewandelt hätten. Die objektiven Lebensbedingungen der extracomunitari und die daraus erwachsenden Probleme im Zusammenleben mit den Italienern hatten durch politische Interventionen keine Modifikation erfahren; im Gegenteil mußte die tiefe Rezession der frühen 90er Jahre, die etwa das Problem der Jugendarbeitslosigkeit weiter verschärfte, die Konfliktträchtigkeit der Einwanderungsfrage erhöhen. Daß Fremdenfeindlichkeit weiter vorhanden war, belegte nicht nur die schon zitierte Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes POSTER (Diamanti 1993, 99), derzufolge im Dezember 1992

53 % der Befragten die "Präsenz der Einwanderer" für ein "schwerwiegendes soziales Problem" hielten, sondern auch die von Jahr zu Jahr zu verzeichnende Zunahme rassistisch motivierter Gewalttaten gegen extracomunitari (vgl. etwa die Chronik der von jugendlichen Skinhead-Gruppen verübten Gewalttaten von 1990-93: Marchi 1993, 174ff.). Allerdings waren dank der strategischen Orientierungen der beiden Organisationen, die als politische Unternehmer des Rassismus infrage kamen, fremdenfeindliche Einstellungen nach dem episodenhaften Einschnitt von 1990 wieder auf den vorpolitischen Raum des Alltagsrassismus zurückgedrängt. Bis 1994 zahlten sich die Strategien von Lega und MSI aus, sei es weil in der Staatskrise ihr Angebot eines Sündenbockes in Gestalt der politischen Klasse maximalen Konsens versprach, sei es weil der Verzicht auf eine xenophobe Orientierung die Öffnung zur bürgerlichen Mitte erleichterte. Dies hieß aber nicht, daß nach einem Wahlsieg der Rechten in den Parlamentswahlen von 1994 die Kalküle, die eine Nichtausbeutung der in der Wählerschaft verbreiteten Fremdenfeindlichkeit nahelegten, unverändert blieben.

7. Italien nach der Wahl von 1994: Kehrt die Einwanderungsfrage in die Politik zurück?

7.1 Der Erfolg des Rechtsbündnisses in den Wahlen vom März 1994

Nachdem in der Krise der Ersten Republik die Christdemokratie auseinandergebrochen war und die anderen Regierungsparteien (Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale, Republikaner) von der Bildfläche verschwunden waren, standen ein Linksbündnis um die Ex-Kommunisten sowie die heterogene Rechte bereit, um das in der politischen Mitte entstandene Vakuum zu füllen und an die Spitze der Zweiten Republik zu treten (Braun 1994).

Die Linke schien insofern bei den nationalen Parlamentswahlen vom März 1994 über einen strategischen Vorteil zu verfügen, als sie im ganzen Land Einheitskandidaten nominieren und deshalb hoffen konnte, mit dem neuen Mehrheitswahlrecht (75% der Kandidaten wurden nach englischem System in den Wahlkreisen gewählt, 25% nach Listenproporz) viele ihrer Kandidaten gegen eine gespaltene Rechte durchzubringen.

Andererseits hatte sich in den Kommunalwahlen von 1993 gezeigt, in welch starkem Maß die traditionelle Wählerschaft der Regierungsparteien bereit war, in der Konfrontation mit der Linken für rechte Listen zu stimmen. Das Problem der Rechten war jedoch, daß sie sich gespalten präsentierte. Im Norden des Landes dominierte die Lega, von Rom südwärts der MSI - der aber auch im Norden als Konkurrent der Lega präsent war. Ein Zusammengehen der mit dem Sezessionismus des Nordens liebäugelnden Legisten mit den nationalistischen, auf einen starken Zentralstaat orientierten Neofaschisten schien insofern undenkbar, als beide außer ihrer Abneigung gegen die Linke

wenig gemein hatten. Zudem mußten beide Rechtsparteien auch ohne direkte Konkurrenz gegeneinander die Gefahr gewärtigen, trotz sehr guter Resultate allein gegen die Linke keine Mehrheiten gewinnen zu können. So waren die Lega bzw. der MSI bei den Kommunalwahlen von 1993 in Genua, Turin, Venedig, Rom und Neapel zwar jeweils die stärkste Einzelliste, wurden aber von den linken Listenbündnissen geschlagen (Di Franco/Gritti 1994).

Das Problem erfuhr eine Lösung durch die Gründung einer dritten im Mitte-Rechts-Spektrum angesiedelten Partei: Silvio Berlusconis im Januar 1994 aus der Taufe gehobene Forza Italia. Seine Partei konnte zwar Lega und MSI nicht zu einem direkten Zusammengehen bewegen, wohl aber zum Abschluß zweier separater Wahlbündnisse: Im Norden kandidierte Forza Italia gemeinsam mit der Lega, in Mittel- und Süditalien gemeinsam mit Alleanza Nazionale, der aus dem MSI hervorgegangenen Liste. Die so trotz ihrer inneren Zerrissenheit geeinte Rechte gewann die Wahlen überlegen (Mannheimer 1994).

Hatten sich Lega und MSI noch als direkte Gegenspieler der korrupten politischen Klasse und der von ihr regierten Ersten Republik profiliert, so bot sich diese Linie nicht als Plattform des rechten Bündnisses an, da Berlusconi selbst, aber auch viele andere Vertreter von Forza Italia zwar vorher nicht politisch in der ersten Reihe tätig gewesen, aber mit den Regierungsparteien DC und PSI intensiv verquickt waren, und da das Rechtsbündnis zudem das Mitte-Rechts-Elektorat geschlossen zu sich herüberziehen wollte. Berlusconi übernahm deshalb von der Lega Nord die anti-etatistische Ausrichtung und propagierte in Polemik gegen 'die Politik' den Machtantritt von Vertretern der *società civile*, den Rückzug des Staates, die Privatisierung der Rentenversicherung oder des Gesundheitswesens, vor allem aber die Senkung der Steuerbelastung. Zudem konnte sich die Rechte auf die Linke als den gemeinsamen Feind einigen; in einer an 1948 gemahnenden Polarisierung beschworen Berlusconi, Bossi und Fini die kommunistische Gefahr. Beide Säulen der rechten Propaganda ließen sich zudem zusammenschließen, indem man die Linke als Verfechterin 'etatistischer' Konzepte attackierte.

Mit diesen Positionen trug die Rechte gegenüber der Linken im März eine klare relative Mehrheit davon, die sie in den Europawahlen vom Juni 1994 gar zu einer absoluten Mehrheit ausbauen konnte. In beiden Wahlkämpfen spielten aber wiederum fremdenfeindliche Töne so gut wie keine Rolle - der Feind war nun die Linke, und der Sündenbock für alle gesellschaftlichen Probleme waren die Altparteien (vor allem für Lega und MSI) bzw. ganz abstrakt die Politik (für Forza Italia und die Lega) (Diamanti/Mannheimer 1994a). Forza Italia konstatierte in ihrem Wahlprogramm vom März 1994 ganz im Sinne ihrer anti-etatistischen Linie, auch auf dem Feld der Immigration müsse "das Gesetz von Angebot und Nachfrage gelten":

" Wir können und wir dürfen nicht mehr Einwanderer in Empfang nehmen als die, die wir in anständiger Weise aufnehmen können, indem wir ihnen Arbeit und eine Lebensperspektive garantieren." (Forza Italia 1994, 44).

Daraus resultierte die Forderung, die Zuwanderung müsse in "programmierten Zuflüssen" erfolgen; außerdem bestehe dringlicher Regelungsbedarf hinsichtlich "des Zugangs zu Arbeitsplätzen" (ohne mögliche Regelungen zu nennen), hinsichtlich des "Baus annehmbarer Unterkünfte" und hinsichtlich des Angebots von Sprach- und Berufsbildungskursen. In der Wahlkampagne selbst aber, in Fernsehspots, auf Wahlplakaten oder in den Stellungnahmen führender Parteivertreter kam das Thema Immigration nicht vor.

Gleiches gilt für die Kampagnen der Lega und der Alleanza Nazionale. Die Lega berührte das Thema Immigration in der 16-seitigen Wahlkampfausgabe ihrer Wochenzeitung "Lega Nord" vom 28.2.1994 in keinem einzigen Artikel; dagegen mochte Alleanza Nazionale zumindest in ihrem Wahlprogramm zur Europawahl nicht auf fremdenfeindliche Töne verzichten. Zur Immigration selbst nahm sie eine Position ein, die ganz auf der Linie der italienischen Einwanderungspolitik seit Verabschiedung der Lex Martelli lag:

"Alleanza Nazionale ist der Auffassung, daß Europa einer Gemeinschaftsrichtlinie bedarf, die die Immigration regelt und den unkontrollierten Zufluß von Millionen von Menschen verhindert, denen man keinen hinnehmbaren Lebensstandard garantieren kann." (Alleanza Nazionale 1994, VII)

Zugleich aber wurde - als einzige konkrete Aussage zum Thema - gefordert, dem "Problem" der "viados" (der brasilianischen Transvestiten) "besondere Aufmerksamkeit" zu schenken, indem man sie daran hindere, "auf Gemeinschaftsboden ihre 'Profession' auszuüben". In subtiler Manier fremdenfeindlich war zudem die Kapitelüberschrift, die folgende Themen zusammenstellte (ohne dann im Text irgendeine Verbindung zu behaupten): "Kampf den Drogen und dem Verbrechen. Einwanderung." (ebda.)

Doch eine fremdenfeindliche Mobilisierung der Wählerschaft setzte auch Alleanza Nazionale nicht ins Werk - sie hätte auch nicht zu Gianfranco Finis Bemühen um gutbürgerliche Reputation der nun als "postfaschistisch" deklarierten Partei gepaßt.

Der Sieg der Rechten in Italien hatte deshalb etwas Paradoxes: Erstmals in Europa fiel die Regierung an eine Koalition, in der ein Partner direkt in der faschistischen Tradition wurzelte und ein weiterer Partner seinen politischen Aufstieg auch unter offenem Rekurs auf rassistische Stereotype bewerkstelligt hatte - und dennoch spielte die Fremdenfeindlichkeit in der politischen Auseinandersetzung eine weit geringere Rolle, als es in anderen europäischen Ländern der Fall war. Dies sollte jedoch kein Motiv zur vorschnellen Entwarnung sein; es gibt gute Gründe für die Vermutung, daß die Einwande-

rungsfrage wieder auf die politische Agenda zurückkehren wird und daß die Lega Nord genauso wie der MSI versucht sein werden, sie politisch auszubeuten.

7.2 Politik und Rassismus: ein mögliches Zukunftsszenario

Wenn der Rassismus in den letzten drei Jahren von der oppositionellen Rechten nicht genutzt wurde, so wurden oben die Gründe dafür nicht in einer ideologischen Abkehr der möglichen politischen Unternehmer des Rassismus von fremdenfeindlichen Einstellungen identifiziert, sondern in strategischen Opportunitätserwägungen der Lega und des MSI: Der Lega konnte 1990/91 nicht daran gelegen sein, sich zur xenophoben Ein-Punkt-Bewegung zu reduzieren, während der MSI kein Interesse haben konnte, seine Legitimierung als Partner möglicher Mitte-Rechts-Allianzen aufs Spiel zu setzen. Doch mit dem Wahlerfolg der Rechten im März 1994 veränderten sich für beide Gruppierungen radikal die Koordinaten ihrer Strategien. Der Rechten eröffneten sich sowohl neue Handlungsfreiheiten als auch neue Handlungszwänge.

Neue Handlungsfreiheiten sind mit dem Regierungsantritt der Koalition Forza Italia - Alleanza Nazionale - Lega Nord insofern entstanden, als die beiden letzteren Listen ihre Legitimation als Regierungsparteien erreicht haben. Die Notwendigkeit, sich bis hin zur Selbstverleugnung als bürgerlich-reputierliche Kraft darzustellen, wird dadurch naturgemäß redimensioniert; wenn heute die Lega oder der MSI wieder zu xenophoben Tönen griffen, müßten sie kaum befürchten, daß dies die Koalitionsfrage aufwürfe, umso weniger, als Berlusconis Forza Italia ihrerseits die weitgehende Abschottung Italiens gegen die Zuwanderung aus der Dritten Welt befürwortet. Attraktiv kann die fremdenfeindliche Option aber vor allem werden, weil die ungewohnte Regierungsrolle für die Rechtsparteien ganz neue Restriktionen schafft.

Erstens entfällt mit der Ablösung der alten politischen Klasse und der Auflösung der traditionellen Parteien der von Lega und MSI bisher bemühte Sündenbock, dem bisher die Verantwortung für alle die Wähler drückenden Probleme zugewiesen wurde. Die Möglichkeit, gegen korrupte Politiker populitischen Unmut zu mobilisieren, ist von einem auf den anderen Tag nicht mehr gegeben; mehr noch: Lega und MSI tragen nun selbst Verantwortung für die Befriedigung der Erwartungen der Wähler.

Zweitens muß diese Verantwortung umso drückender werden, als das Rechtsbündnis im Wahlkampf den Wählern schier uneinlösbare Versprechen gemacht hat: eine Million neuer Arbeitsplätze, die verfassungsmäßige Begrenzung des Anteils öffentlicher Einnahmen am Bruttoinlandsprodukt auf 35%, Steuererleichterungen für alle, Verbesserung und Verbilligung des Gesundheitswesens durch dessen Privatisierung etc. Wie schon zu Zeiten des Klientelregimes der DC und des PSI wurde die Vision von einer

Gesellschaft vorstellig gemacht, in der alle profitieren und niemand zahlt - nur daß nun nicht mehr der Staatshaushalt als Kompensationsinstanz zur Verfügung stand. Naiv-ehrlich sprach Vito Gnutti, legistischer Industrieminister, nach seinem ersten Zusammentreffen mit den Gewerkschaften diese Vision aus; er erklärte, die Regierung suche, da sie aufgrund des Widerstandes der Gewerkschaften die Arbeitnehmer nicht belasten könne, ihre eigene Klientel aus Mittelstand und Unternehmertum aber nicht belasten wolle, jetzt "einen Dritten, der zahlt". (La Stampa, 28.6.1994).

Hinter solchen Äußerungen steht die einfache Tatsache, daß die Regierung angesichts der drückenden Finanzkrise des italienischen Staates kaum die im Wahlkampf versprochenen materiellen Gratifikationen wird verteilen können. Das aber erhöht die Notwendigkeit für die Rechtsparteien, ihre Wähler mit symbolischen Gratifikationen zu bedienen.

Drittens werden Lega Nord und Alleanza Nazionale aber auch auf diesem Feld vor neue Herausforderungen gestellt. Beide haben zwar jahrelange Erfahrung darin, ihre Wählerschaft mit symbolischen Gratifikationen zu bedienen - ausgeschlossen aus nationalen, regionalen und kommunalen Machtzentren, konnten sie weder die Aktiven noch ihr Elektorat mit materiellen Leistungen entschädigen. Die identitätsstiftenden Angebote waren einerseits die nostalgische Berufung auf den Faschismus (MSI), andererseits die Vision eines autonomen Norditalien (Lega). Doch als Regierungspartner müssen beide Parteien ihr ideologisches Angebot deutlich abschwächen. Alleanza Nazionale ist gezwungen, von einer direkten Berufung auf den Faschismus Abstand zu nehmen, wenn sie nicht die interne und internationale Akzeptanz der Regierung kompromittieren will, so wie Bossi als Vorsitzender der Partei, die in Rom den Innenminister stellt, seine "Los-von-Rom"-Rhetorik notgedrungen mäßigen muß. Erhöht werden die Probleme beider Parteien durch ihr Bündnis mit Berlusconis Forza Italia, die als übermächtiger Koalitionspartner (mit gut 30% bei den Europawahlen) die beiden kleineren Listen an die Wand zu drücken droht.

Lega Nord und Alleanza Nazionale stehen also unter dem Zwang, neue symbolische Gratifikationen für ihre Wähler ausfindig zu machen, sowohl um das Ausbleiben materieller Leistungen der Regierung zu rechtfertigen, als auch um den Verzicht auf traditionelle identitätsstiftende Angebote zu kompensieren, als auch um die eigene Sichtbarkeit in der Koalition aufrecht zu erhalten. An dieser Stelle öffnet sich das Einfallstor für einen erneuten Anlauf zur politischen Ausbeutung der Einwanderungsfrage, umso mehr, als günstige Bedingungen für eine politische Wendung der Fremdenfeindlichkeit gegeben sind:

- Weder die Lega noch der MSI haben je wirklich Abstand von ihren zu Ende der 80er Jahre formulierten zuwanderungsfeindlichen Positionen genommen. Sie haben schlicht für einige Jahre auf die politische Nutzung der Einwanderungsfrage verzichtet.
- Wenn die Regierungskoalition nicht mit rassistischen Argumenten ihren Wahlsieg errang, so triumphierte mit den Angriffen auf den (gerade auch im Sozialstaat entdeckten) "Etatismus" doch eine Logik der Entsolidarisierung, wie sie von der Lega Nord in den 80er Jahren massiv in den politischen Diskurs eingeführt (und damals auch rassistisch gewendet) worden war.
- Zudem läßt der desaströse Zustand der Staatsfinanzen auf Jahre hinaus tiefe Schnitte ins soziale Netz erwarten, die die Lebenssituation breiter Bevölkerungskreise verschlechtern und den Boden für auf Sündenböcke rekurrierende Erklärungen dieser Entwicklungen bereiten werden.
- Schließlich verfügen Lega und MSI über eine Wählerbasis, die sich xenophoben Botschaften gegenüber immer deutlich empfänglicher gezeigt hatte als der Durchschnitt der Bevölkerung. Insofern muß für beide Parteien die Versuchung groß sein, diese Einstellungen zu nutzen, um ihre Wählerschaft an sich zu binden.

Erste Anzeichen in dieser Richtung gibt es. Im Juni 1994 ließen die Stadtverordneten des MSI in Rom ein Plakat kleben, das unter der verräterischen Überschrift "Wir sind keine Rassisten" forderte, "Zigeuner" nur noch außerhalb des städtischen Autobahnrings und "fern von den Wohngebieten" anzusiedeln. Und fügte sich dieses Beispiel noch in das alte Muster der MSI-Politik, lokal womöglich gegen Immigranten zu polemisieren, auf nationaler Ebene aber von dem Thema keinen Gebrauch zu machen, so änderte sich dies im August 1994. Maurizio Gasparri, für Alleanza Nazionale Staatsekretär im Innenministerium, forderte die Abschaffung der in seinen Augen unzureichenden Lex Martelli:

> "Jeden Tag nehmen die Ankünfte von extracomunitari zu. Es ist unmöglich, sie ins Herkunftsland zurückzuschaffen, weil sie oft nicht einmal über Pässe verfügen und schwierig zu identifizieren sind. Und die Polizei hat nicht einmal die zur Ausweisung notwendigen juristischen Instrumente." (Repubblica, 20.8.1994)

Gasparris Schluß: ins Strafgesetzbuch müsse der "Strafbestand der klandestinen Einwanderung" eingefügt werden. Wenig später verlangte er die Durchführung großangelegter Razzien und die Unterbringung der dabei festgenommenen Irregulären in Lagern (La Stampa, 15.9.1994). Solchen Erklärungen folgten bald erste Taten. Im von der Lega regierten Mailand begann die Polizei, mit Großeinsätzen gegen die Straßenprostitution vorzugehen; erneut forderte Maurizio Gasparri in diesem Zusammenhang "eine Revision des Gesetzes Martelli", da "einfachere Ausweisungsprozeduren die Prostitution zumindest teilweise blockieren" könnten (La Repubblica, 1.9.1994).

Alleanza Nazionale kündigte schließlich die Einbringung eines Gesetzentwurfs an, der die sofortige Ausweisung aller Irregulären sowie derjenigen Immigranten, die zu Haftstrafen von mehr als einem Monat verurteilt waren, zum Inhalt hatte (La Repubblica, 17. und 18.9. 1994). Am 6. September 1994 schließlich demonstrierten 500 Florentiner, unterstützt durch die MSI-Jugend- und Studentenorganisationen sowie den neofaschistischen Europa-Abgeordneten Marco Cellai, gegen die Präsenz der Roma in ihrer Stadt; im Vorfeld der Demonstration waren 30.000 Unterschriften zugunsten einer Revision der Lex Martelli gesammelt worden (La Repubblica, 7.9.1994). Vor dem Hintergrund der ungelösten Probleme des Zusammenlebens zwischen Immigranten und Italienern, vor dem Hintergrund der sowohl in der italienischen Provinz als auch in den heruntergekommenen Vorstädten in den Ballungszentren sich in rassistischen Gewalttaten Luft machenden Fremdenfeindlichkeit (vgl. etwa die Reportagen in La Repubblica, 9.6.1994, 13.6.1994, 18.8.1994; Süddeutsche Zeitung, 26.8.1994) steht zu befürchten, daß die Aktivitäten von AN nur den Auftakt zu einer Popularitätsgewinne versprechenden Wiederentdeckung der Immigration durch die Rechtsparteien darstellen.

Eine solche Entwicklung ist umso mehr zu erwarten, als Italien im Sommer 1994 mit einem "Ansturm", einer "neuen Invasion" (La Repubblica, 9.9.1994) von über das Meer übersetzenden Albanern und Nordafrikanern konfrontiert war: Der Boden für Kampagnen rund um die Stichwörter Kriminalität, Prostitution (vgl. etwa "Il Panorama" und "L'Espresso" vom 9.9.1994), unkontrollierte Invasion ist heute genauso fruchtbar wie 1990.

Literaturverzeichnis

AASTER/CNEL (1990): Riconoscere e riconoscersi, Rom.

Allievi, S. (1991): La sfida dell'immigrazione, Bologna.

Allievi, S. (1992): Le parole della Lega. Il movimento politico che vuole un'altra Italia, Mailand.

Amodio, L. (1989): Un'indagine sui giovani e il razzismo; in: Democrazia e diritto, 6/1989, 373-385.

Ardivilla, D.G. (1991): Working in Italy: New Developments in Immigration Law; in: Overseas employment info series, 2/1991, 70-73.

Balbi, R.: All'erta siam razzisti, Mailand.

Balbo, L. (1990): Vocabolario; in: Balbo/Manconi (1990), 13-45.

Balbo, L./Manconi, L. (1992): I razzismi reali, Mailand.

Balbo, L./Manconi, L. (1993): Razzismi un vocabolario, Mailand.

Balbo, L./Manconi, L. (Hrsg.) (1990): I razzismi possibili, Mailand.

Balbo, L./Manconi, L. (1990a): L'associazione Italia-razzismo e la crescita dell'intolleranza; in: Balbo/Manconi (1990), 5-13.

Bellu, G.M./Bonsanti, S. (1993): Il crollo. Adreotti, Craxi e il loro regime, Rom/Bari.

Belotti, V./Rasera, M. (1992): Gli immigrati immaginati. Venedig.

Bevilacqua, P. (1993): Breve storia dell'Italia meridionale, Rom.

Biorcio, R. (1991): La Lega come attore politico: dal federalismo al populismo regionalista; in: Mannheimer (1991), 34-82.

Bocca, G. (1988): Gli italiani sono razzisti? Mailand.

Bolaffi, G. (1994): Italien; in: Heinelt, H. (Hrsg.) (1994): Zuwanderungspolitik in Europa. Nationale Politiken - Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Opladen, 272-285.

Bonifazi, C. (1992): Italian attitudes and opinions towards foreign migrants and migration policies; in: Studi emigrazione 3/1992, 21-42.

Borzaga, C./Covi, L. (1991): Impatti dei processi di immigrazione in Italia; in: Impresa sociale, 2/1991, 32-49.

Bossi, U./Vimercati, D. (1992): Vento dal nord, Mailand.

Braun, M. (1993): Rechtsextremismus und Rassismus in Italien; in: Butterwegge, C./Jäger, S. (Hrsg.) (1993): Rassismus in Europa, Köln.

Braun, M. (1994): Italiens politische Zukunft, Frankfurt/Main.

Cafagna, L. (1993): La grande slavina. L'Italia verso la crisi della democrazia, Venedig.

Cagiano de Azevedo, R. (1988): La nuova immigrazione in Italia; in: Corbetta, P./Leonardi, R. (Hrsg.) (1988): Politica in Italia 1988. I fatti dell'anno e le interpretazioni, Bologna, 237-255.

Calvanese, F. (1990): Le speranze dei senza speranza; in: Micromega, 3/1990, 45-54.

Calvanese, F. (1993): Nuovi modelli migratori: il caso italiano; in: Delle Donne/Melotti/Petilli (1993), 173-184.

Campioni, G. (1990): Chi ha paura dei senegalesi?; in: Micromega 3/1990, 73-82.

Caritas di Roma (1992): Immigrazione. Dossier Statistico 1992, Rom.

Carlucci, A. (1992): Tangentomani, Mailand.

CENSIS (1993): I nuovi scenari dell'immigrazione. Tra competizione e solidarità, Rom.

CNEL (1991): Rapporto su "Società e istitutioni di fronte al processo migratorio", Rom.

Cotesta, V. (1992): La cittadella assediata. Immigrazione e conflitti etnici in Italia, Rom.

Cotesta, V. (1993): Tipologia del conflitto etnico in Italia; in: Delle Donne/Melotti/Petilli (1993), 197-220.

De Luna, G. (Hrsg.) (1994): La Lega 1979-1993, Florenz.

De Luna, G. (1994a): Dalla Spontaneità all'organizzazione: la resistibile ascesa della Lega di Bossi; in: De Luna (1994), 21-80.

Della Porta, D. (1993): La capitale immorale: le tangenti di Milano; in: Hellman/Pasquino (1993), 219-240.

Delle Donne, M. (1993): La sindrome dell'"Altro". Germania, pregiudizio, cittadinanza, identità, Neapel.

Delle Donne, M./Melotti, U./Petilli, S. (Hrsg.) (1993): Immigrazione in Europa. Solidarità e conflitto, Rom.

Di Franco, G./Gritti, R. (1994): L'Italia al voto. Analisi delle elezioni amministrative del 1993 e delle prospettive del sistema politico italiano, Rom.

Diamanti, I. (1993): La Lega. Geografia, storia e sociologia di un nuovo soggetto politico, Rom.

Diamanti, I./Mannheimer, R. (Hrsg.) (1994): Milano a Roma. Guida all'Italia elettorale del 1994, Rom.

Diamanti, I./Mannheimer, R. (1994a): Introduzione; in: Diamanti/Mannheimer (1994), VII-XXII.

Donegà, C. (1994): Strategie del presente. I volti della Lega; in: De Luna (1994), 81-135.

Farfan, M.M. (1993): L'immigrazione non comunitaria e la nuova legge sulla cittadinanza italiana; in: Affari sociali internazionali, 4/1993, 35-49.

Forti, M. (1990): Inclusi, esclusi, semi-esclusi; in: Balbo/Manconi (1990), 105-122.

Franchini, R./Guidi, D. (1991): "Premesso che non sono razzista". L'opinione di mille modenesi sull'immigrazione extracomunitaria, Rom.

Furcht, A. (1993): Prospettive e conseguenze dell'immigrazione: un dibattito viziato dal pregiudizio ideologico?; in: Delle Donne/Melotti/Petilli (1993), 221-239.

Fusella, A. (Hrsg.) (1993): Arrivano i barbari, Mailand.

Galli della Loggia, E. (1994): Intervista sulla destra, Rom/Bari.

Ghirelli, M. (1993): Immigrati brava gente, Mailand.

Hellman, S./Pasquino, G. (Hrsg.) (1992): Politica in Italia 1992. I fatti dell'anno e le interpretazioni, Bologna.

Hellman, S./Pasquino, G. (Hrsg.) (1993): Politica in Italia 1993. I fatti dell'anno e le interpretationi, Bologna.

Ignazi, P. (1989): Il polo escluso. Profilo del Movimento sociale italiano, Bologna.

Ignazi, P. (1994): L'estrema destra in Europa, Bologna.

Leonardi, R./Kovacs, M. (1993): L'irresistibile ascesa della Lega nord; in: Hellman/Pasquino (1993), 123-141.

Lepre, A. (1994): Italia, addio? Unità e disunità dal 1860 a oggi, Mailand.

Lucrezio-Monticelli, G. (1992): Gli immigrati in Italia; in: Affari sociali internazionali, 3/1992, 63-80.

Lucrezio-Monticelli, G. (1994): Note statistiche. La presenza estera in Italia a fine 1993; in: Servizio Migranti, 1/94, 59-66.

Macioti, M.I./Pugliese, E. (1991): Gli immigrati in Italia, Rom/Bari.

Manconi, L. (1990): Gli imprenditori politici del razzismo; in: Micromega, 3/1990, 29-44.

Manconi, L. (1990a): Razzismo interno, razzismo esterno e strategia del chi c'è c'è; in: Balbo/Manconi (1990), 45-91.

Mannheimer, R. (Hrsg.) (1991): La Lega Lombarda, Mailand.

Mannheimer, R. (1991a): La crisi del consenso per i partiti tradizionali; in: Mannheimer (1991), 13-33.

Mannheimer, R. (1994): Forza Italia; in: Diamanti/Mannheimer (1994), 29-42.

Marchi, V. (Hrsg.) (1993): Blood and honour, Rom.

Marletti, C. (1991): Extracomunitari. Dall'immaginario collettivo al vissuto quotidiano del razzismo, Rom.

Marta, C./Leschiutta, P.P. (1990): Stereotipi consolidati e stereotipi in formazione: zingari e immigrati a confronto; in: Studi emigrazione, 99/1990, 395-409.

McCarthy, P. (1992): Il referendum del 9 giugno; in: Hellman/Pasquino (1992), 39-59.

Melchionda, U. (1993): Il paradosso italiano; in: Delle Donne/Melotti/Petilli (1993), 185-195.

Melotti, U. (1992): L'immigrazione: una sfida per l'Europa, Rom.

Melotti, U. (1993): Migrazioni internazionali e integrazione sociale: il caso italiano e le esperienze europee; in: Delle Donne/Melotti/Petilli (1993), 29-65.

Melotti, U. (1993a): Xenofobia e razzismo. Concetti, dati, analisi; in: Gindro, S. (Hrsg.) (1993): La xenofobia. Fratelli da odiare? Neapel, 99-139.

Moioli, V. (1990): I nuovi razzismi. Miserie e fortune della "Lega Lombarda", Rom.

Moioli, V. (1991): Il tarlo delle leghe, Trezzo sull'Adda.

Moroni, P. (1993): La Lega tra liberismo e neoetnicismo; in: Il de Martino, Bolletino dell'Istituto Ernesto de Martino, 2/1993, 13-19.

Nascimbene, B. (1990): La legge e oltre la legge; in: Balbo/Manconi (1990), 123-139.

Nirenstein, F. (1990): Il razzista democratico, Mailand.

Nuscheler, F. (1994): Internationale Migration. Ein Hauptproblem für Global Governance, Duisburg. (INEF-Report 9).

Ottomani, M. (1992): Brigate rozze. A Sud e a Nord del Senatore Bossi, Neapel.

Padellaro, A. (1991): Chi minaccia il presidente, Mailand.

Pansa, G. (1993): L'Anno dei Barbari, Mailand.

Pastore, A. (1990): I dannati di Villa Literno; in: Micromega 3/1990, 94-98.

Poggio, P.P. (1993): Leghismo e revival neoetnico; in: Il de Martino, Bolletino dell'Istituto Ernesto de Martino, 2/1993, 21-36.

Poggio, P.P. (1994): Il naturalismo sociale e l'ideologia della Lega; in: De Luna (1994), 138-196.

Priester, K. (1972): Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln.

Pugliese, E. (1990): Gli immigrati nel mercato del lavoro; in: Polis, 1/1990, 71-97.

Pugliese, E. (1993): Dimensioni e caratteristiche generali dell'immigrazione; in: Ders. (Hrsg.), Razzisti e solidali. L'immigrazione e le radici sociali dell'intolleranza, Rom.

Rosenbaum, P. (1975): Neofaschismus in Italien, Frankfurt/Köln.

Rusconi, G.E. (1992): Razzismo, etnocentrismo e cittadinanza; in: Alifuoco, U. (Hrsg.) (1992): Verso una società multietnica, Quaderni della Fondazione Istituto Gramsci Veneto, 13/1992, 37-46.

Sales, I. (1993): Leghisti e sudisti, Rom/Bari.

Sgroi, E. (1991-92): Le migrazioni periferiche: L'immigrazione nell'Europa meridionale; in: Sociologia urbana e rurale, 36-37/1991-92, 51-73.

Tassani, G. (1989): Il Movimento sociale italiano da Almirante a Fini; in: Catanzaro, R./Nanetti, R. (Hrsg.) (1989): Politica in Italia 1989. I fatti dell'anno e le interpretazioni, Bologna, 153-179.

Trigilia, C. (1992): Sviluppo senza autonomia. Effetti perversi delle politiche nel Mezzogiorno, Bologna.

Venturini, A. (1991): Immigration et marché du travail en Italie: données récentes; in: Revue européenne des migrations internationales, 7/1991, 97-113.

Vimercati, D. (1990): I lombardi alla nuova crociata. Il "fenomeno Lega" dall'esordio al trionfo, Mailand.

Woods, D. (1991): Il fenomeno delle Leghe; in: Catanzaro, R./Nanetti, R. (Hrsg.) (1991): Politica in Italia 1991. I fatti dell'anno e le interpretazioni, Bologna, 171-295.

Woods, D. (1992): La questione dell'immigrazione in Italia; in: Hellman/Pasquino (1992), 271-288.

Zanchetta, P.L. (1991): Essere stranieri in Italia, Mailand.